

Friedrichshain-Kreuzberg: Sozial. Gerecht. Links.

Am 18. September stimmen Sie darüber ab, wie unser Bezirk in den nächsten Jahren gestaltet werden soll. Wir wollen Ihnen in unserem Wahlprogramm zeigen, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben und was unsere Vorschläge für die Zukunft von Friedrichshain-Kreuzberg sind. Unser Bezirk lebt von seiner Vielfalt, die wir erhalten wollen. Unterschiedliche Herkunft, religiöse, weltanschauliche und sexuelle Vielfalt machen den Bezirk lebenswert. Unsere Angebote richten sich daher an alle, die hier leben und arbeiten. Friedrichshain-Kreuzberg ist immer noch der ärmste Bezirk Berlins. Viele Menschen, die hier leben, sind auf Unterstützung angewiesen. Gerade den Schwächsten gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen die soziale Infrastruktur ausbauen und Angebote stärken, die unter anderem benachteiligten Jugendlichen Perspektiven eröffnen.

Von A bis Z haben wir aufgeschrieben, was wir für Arme und Reiche, Arbeiter und Arbeitslose, Kranke und Gesunde, Hausbesetzer und Hausbesitzer, Schwule und Lesben, Kinder und Alte erreichen wollen. Und wir erklären, wie wir diese Ideen umsetzen wollen.

Wir zeigen, wie wir Verdrängungen aufgrund steigender Mieten verhindern wollen und wie wir Menschen, die arbeiten wollen, in Arbeit bringen können. Wir stellen unsere Integrationspolitik dar, die bei den Fähigkeiten von Zugewanderten ansetzt und nicht von Schwächen ausgeht. Wir erklären, warum das lange und gemeinsame Lernen so wichtig für unseren Bezirk ist und wie wir die Schulen besser ausstatten wollen. Sie können nachlesen, wie wir Obdachlosen und Suchterkrankten Menschenwürde garantieren wollen und wie ihnen Hilfe geleistet werden sollte. Es geht um einen Bezirk, der sozial und ökologisch sein muss. Und es geht um vermeintliche Nischenthemen, die nicht jeden betreffen, aber die für die Betroffenen lebenswichtig sind: Einrichtungen der Pflege, der Behindertenhilfe oder der Jugendsozialarbeit.

Dabei knüpfen wir an unsere Erfahrungen an, an den Erfolgen und den Niederlagen. Wir haben die Privatisierungsbestrebungen gebremst: Bei den öffentlichen Unternehmen im Land Berlin und der geplanten Übertragung von Jugend- und Freizeiteinrichtungen an freie Träger in Friedrichshain-Kreuzberg.

Wir haben die Stadt von Filz und Korruption und der Politik des Größenwahns befreit und die Haushaltssanierung weitergeführt. Aber unser Bezirk bekommt trotzdem nicht so viel Geld, wie er braucht. Deswegen haben wir dem Bezirkshaushalt nicht zugestimmt. DIE LINKE hat bewiesen, dass sie nicht nur von guter Arbeit redet, sondern sie auch schafft. In Friedrichshain-Kreuzberg wurden seit 2007 etwa 5 000 neue Arbeitsplätze und 650 Stellen im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen – trotzdem ist die Arbeitslosigkeit immer noch zu hoch. Demokratie und Bürgerrechte wurden ausgeweitet: Mit der Einführung von Bürger- und Volksentscheiden wurde der gemeinsame Ethikunterricht für alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft und Religion – durchgesetzt, der Flughafen Tempelhof endlich zur lärmfreien, grünen Oase und ein Abschnitt der Kochstraße nach Rudi-Dutschke-Straße benannt. Aber Sie können auch heute noch nicht über alles bestimmen, was Sie betrifft.

Der Landes- und Bezirkspolitik sind enge Grenzen gesetzt. Vieles ist durch Bundesgesetze oder die Europäische Union bestimmt. Leitschnur unseres Handelns auf allen Ebenen war und ist die soziale Gerechtigkeit. Aber die Rahmenbedingungen für soziale Politik wurden spätestens seit 2004 durch die Hartz IV Gesetze von SPD und Grünen massiv verschlechtert und durch die Große Koalition und die Regierung aus CDU/CSU und FDP weiter verschärft. DIE LINKE kämpft im Bund, im Land und in Friedrichshain-Kreuzberg gegen unsoziale Politik und für gute Arbeit, gegen Auslese an den Schulen und für langes gemeinsames Lernen, gegen die Zwei-Klassen-Medizin und für eine wohnortnahe ärztliche Versorgung ohne Praxisgebühr.

Uns geht es auch um einen besseren Politikstil. In enger Zusammenarbeit mit Initiativen, Betriebsräten, Vereinen und Betroffenen wollen wir für ein soziales, demokratisches und ökologisches Friedrichshain-Kreuzberg kämpfen. Wir wollen, dass alle in ihrer Verschiedenartigkeit gleichberechtigt und gemeinsam hier leben können.

Dafür machen wir Politik und dafür bitten wir um Ihre Stimme.

ARBEIT UND AUSBILDUNG

VON ARBEIT MUSS MAN LEBEN KÖNNEN. OHNE ARBEIT AUCH.

DIE LINKE STREITET FÜR GUTE ARBEIT UND GUTE LÖHNE. WIR STEHEN FÜR EINEN FLÄCHENDECKENDEN MINDESTLOHN UND FÜR MEHR AUSBILDUNGSPLÄTZE. WIR KÄMPFEN GEGEN LÄNGERE WOCHENARBEITSZEITEN UND GEGEN DIE RENTE MIT 67. WIR MACHEN UNS IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG DAFÜR STARK, DASS DIE JOBCENTER ERWERBSLOSE NICHT UNTER DRUCK SETZEN UND IN UNSINNIGE MAßNAHMEN DRÄNGEN, SONDERN IHNEN UNTERSTÜTZUNG BIETEN UND AUS- UND WEITERBILDUNG FÖRDERN. FÜR MENSCHEN, DIE SCHON LANGE VERGEBLICH NACH EINER ARBEIT SUCHEN, HABEN WIR MIT DEM ÖFFENTLICH GEFÖRDERTEN BESCHÄFTIGUNGSSEKTOR NEUE PERSPEKTIVEN ERÖFFNET.

Friedrichshain-Kreuzberg ist der ärmste Bezirk der Stadt: Hier müssen mehr als 60 000 Menschen von Hartz IV leben. Das Haushaltseinkommen einer gesamten Familie liegt bei durchschnittlich 1 300 Euro. Jeder dritte Erwachsene und jedes zweite Kind unter 15 Jahren sind abhängig von staatlichen Sozialleistungen. Am Wassertorplatz, am Moritzplatz und am Mehringplatz sind es sogar rund 80 Prozent der Kinder. Aber nur ein Drittel der Erwachsenen, die staatliche Unterstützung erhalten, haben keinen Job. Das heißt, der Großteil dieser Menschen geht arbeiten, kann aber von der geleisteten Arbeit nicht leben.

DIE LINKE hat ihre Alternative zu 1-Euro-Jobs und anderen Lohndrückereien vorgelegt und umgesetzt: der **öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS)**. Er schafft Perspektiven und trägt dazu bei, dass Teilhabe gefördert und sinnvolle Arbeit für die Gesellschaft geleistet und anständig bezahlt wird. Diese Idee der LINKEN wurde in Friedrichshain-Kreuzberg in der Verantwortung unseres Stadtrates erfolgreich umgesetzt: Allein im Jahr 2010 haben wir 650 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in unserem Bezirk geschaffen. 650 Menschen, die vorher arbeitslos waren, leisten jetzt bezahlte Arbeit, die mit einem Stundenlohn von 7,50 Euro und 1 300 Euro monatlich vergütet wird. Ab 2012 wollen wir den Mindestlohn auf 8,50 Euro erhöhen, was einem Bruttolohn von mindestens 1 470 Euro entspricht. Die Beschäftigten im ÖBS sind versichert, haben einen ordentlichen Arbeitsvertrag und damit endlich auch Rechte und nicht nur Pflichten. Mit dem ÖBS ermöglicht DIE LINKE damit vielen Menschen wieder ein Leben in Würde.

DIE LINKE tritt weiterhin dafür ein, dass die Mittel des Arbeitslosengeldes II, der 1 Euro-Jobs und der Wohnkosten generell zusammengefasst und so **sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse** geschaffen werden. Trotz der massiven Kürzungen von der amtierenden Regierung aus CDU/CSU und FDP in der Arbeitsmarktpolitik wollen wir in den nächsten Jahren mindestens 750 Arbeitsplätze, beispielsweise im Gemeindedolmetschdienst, unter ÖBS-Bedingungen schaffen. DIE LINKE wird dies aber nur umsetzen, wenn die Voraussetzungen stimmen: mindestens 1 300 Euro Monatsgehalt, die Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sein und ohne Zwang zur Annahme eines Arbeitsangebotes. Dies gilt auch für die neue Maßnahme „**Bürgerarbeit**“, die nur mit 900 Euro vergütet werden soll. Sollten unsere Forderungen von der Bundesagentur für Arbeit nicht erfüllt werden, beteiligen wir uns an der Umsetzung der Bürgerarbeit nicht weiter, da sie auf einem diskriminierender Zwang zur Arbeit basiert.

DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, dass Arbeitslose und sozial Benachteiligte auch am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Der „**berlinpass**“ ermöglicht einen verbilligten oder kostenlosen Eintritt in verschiedene Einrichtungen. In Friedrichshain-Kreuzberg beteiligen sich über 20 Einrichtungen daran. Wir setzen uns das Ziel, diese Zahl in den nächsten Jahren auf 50 zu erhöhen.

Im **Jobcenter** und im Sozialamt müssen Beratung und Unterstützung Vorrang vor Sanktionsdrohungen und Sparmaßnahmen haben. Die Arbeitsmarktpolitik soll sich an den persönlichen Stärken und der konkreten Lebenswelt des Arbeitssuchenden orientieren. Deshalb wollen wir vor allem Tätigkeiten in den Kiezen und für die Kieze anbieten.

Wir wollen, dass **Qualifizierung und Weiterbildung** einen hohen Stellenwert erhalten. Aber wir wehren uns gegen endlose Fort- und Weiterbildungsketten vom Anlagenmechaniker zum Versicherungskaufmann und anschließend zum Fahrlehrer. Niemandem ist damit geholfen, wenn es in keinem der Berufe eine

freie Stelle gibt. Angebote, die nicht mit Erfolg in den regulären Arbeitsmarkt führen, wollen wir streichen. Nicht die Träger müssen gefördert werden, sondern die Arbeitssuchenden.

Die hohe **Jugendarbeitslosigkeit** ist auch in unserem Bezirk ein großes Problem. Ein Schulabschluss und eine Berufsausbildung sind unverzichtbare Bedingungen für einen Arbeitsplatz. Wir werden weiter darauf drängen, dass die Fördermöglichkeiten des Jobcenters zielgerichteter auf das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen ausgerichtet werden. Wir wollen, dass der Regionale Ausbildungsverbund stärker als bisher Jugendlichen mit Migrationshintergrund Angebote unterbreitet und die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt erhöht. Wir bestehen seit Jahren darauf, dass auch die Ausbildungsquote in der Bezirksverwaltung weiter erhöht wird. Dabei soll der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund mindestens dem Anteil dieser Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung entsprechen. Oft ist der Übergang von der Schule zur Ausbildung und später in den Beruf für Jugendliche schwierig. Deshalb wollen wir insbesondere die Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmen als Partner der Schulen bei der Berufsorientierung und als potentielle Ausbilder und Arbeitgeber in die Verantwortung nehmen.

DIE LINKE streitet für Arbeit, von der man leben kann. Deswegen müssen Arbeitsplätze sozialversicherungspflichtig sein, tariflich mindestens nach **Mindestlohn** bezahlt werden, und es darf keine weitere Abhängigkeit von Hartz IV durch Aufstocken geben. Deshalb wollen wir, dass das Jobcenter keine Arbeitsplätze vermittelt, die diese Kriterien nicht erfüllen. Das gilt für kleine und auch große Unternehmen wie die Bundesdruckerei. Der Mindestlohn muss auch gelten, wenn der Bezirk Aufträge an Wirtschaftsunternehmen vergibt. Auf Initiative der LINKEN sind diese Aufträge an die Zahlung eines Mindestlohnes von gegenwärtig 7,50 Euro und die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien gekoppelt. Wir fordern, die Einhaltung dieser Kriterien durch das Bezirksamt zu dokumentieren. Der eingeforderte Mindestlohn muss schrittweise erhöht werden: bis 2012 auf mindestens 8,50 Euro.

Trotz aller berechtigten Kritik an den städtebaulichen Auswirkungen der Unternehmensansiedlungen im Spreeraum müssen wir anerkennen, dass in der O2-Arena, bei der METRO oder auch bei Universal über 1 000 **neue Arbeitsplätze** geschaffen wurden. Auf unsere Initiative wurden Beschäftigungspakte mit den Investoren abgeschlossen. So wurde lange vor der Eröffnung ein Stellenplan für die zukünftige Arena an die Arbeitsagentur übergeben, damit Erwerbslose aus dem Bezirk gezielt für die neuen Stellen qualifiziert werden konnten. So soll es bei Neuansiedlungen von Unternehmen weitergehen. Städtebauliche Verträge, die bei Bebauungsplänen abgeschlossen werden, sollen mit Beschäftigungspakten zu Mindestbedingungen für gute Arbeit verbunden werden.

DIE LINKE ist gegen die weitere **Übertragung kommunalen Eigentums** und öffentlicher Leistungen an andere Anbieter. Aber wenn eine politische Mehrheit dies gegen uns entscheidet, muss mindestens gewährleistet sein, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine tarifliche Entlohnung erhalten und entsprechend der Betriebsgröße ein Betriebs- oder Personalrat existiert.

BILDUNG

GEMEINSAMES LERNEN IST SOZIALES LERNEN.

BILDUNG SOLL MENSCHEN IN DIE LAGE VERSETZEN, GEMEINSAM MIT ANDEREN EIN FREIES, SOZIAL VERANTWORTLICHES UND SELBSTBESTIMMTES LEBEN ZU FÜHREN. DAS BEGINNT IN DER KITA UND ENDET NICHT MIT DEM ABSCHLUSS EINER BERUFSAUSBILDUNG ODER EINES STUDIUMS.

Wir wollen **gleiche Chancen** für alle Kinder. Deshalb setzen wir uns seit langem dafür ein, dass alle Kinder im Bezirk gleichermaßen durch frühkindliche Bildung gefördert werden können. In unserem Bezirk existiert ein gut ausgebautes Angebot von Kindergärten in öffentlicher und freier Trägerschaft, die seit einigen Jahren als Bildungseinrichtungen anerkannt sind.

Wir wollen, dass möglichst viele Kinder das Bildungsangebot einer Kita wahrnehmen können. Der Bedarf eines Kindes an frühkindlicher Bildung hängt nicht davon ab, ob und wie lange seine Eltern arbeiten. Deshalb streben wir die **Abschaffung jeder Bedarfsprüfung** an. Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite

über die Einführung einer Kitapflicht zu reden und auf der anderen Seite den Zugang zur Kita für Kinder, deren Eltern keine bezahlte Arbeit haben, zu erschweren.

Wir haben das Ziel, dass alle Kinder, deren Eltern dies wollen, Kita-Betreuungsangebote als erstes Bildungsangebot möglichst früh in Anspruch nehmen können. Dies ist insbesondere für die Sprachentwicklung zweisprachig aufwachsender Kinder wichtig und ermöglicht gleichzeitig eine schnelle Rückkehr der Eltern in Ausbildung, Studium oder Beruf. Deshalb wollen wir den **Rechtsanspruch** auf eine täglich mindestens siebenstündige Förderung auch für die Gruppe der unter dreijährigen Kinder einführen und das vorhandene Angebot an Betreuungsplätzen vor allem für diese Altersgruppe ausweiten.

Zurzeit bekommen nicht mehr alle Kinder, deren Eltern dies wünschen, einen Kita-Platz. Zusätzlich ist mit einer wachsenden Nachfrage zu rechnen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Bezirk ausreichend **neue Kita-Plätze** geschaffen werden. Dafür brauchen wir mehr Transparenz in den Planungen aller Bezirke und die Koordinierung durch das Land, um die Nachfrage nach Kitaplätzen von Eltern aus anderen Bezirken berücksichtigen zu können. Wir wollen, dass öffentliche Flächen, auch die des Liegenschaftsfonds, für Bildungsangebote gesichert werden. Der kommunale Kita-eigenbetrieb muss als wesentliches Instrument kommunaler Einflussnahme gestärkt und finanziell abgesichert werden.

Wir streben an, auch für dieses Angebot die **Beitragsfreiheit** schrittweise einzuführen. Zur Beitragsfreiheit gehört für uns ein kostenfreies Mittagessen. In einem ersten Schritt wollen wir erreichen, dass Hartz IV- und grundsicherungsabhängige Kinder von den Kosten freigestellt werden.

Die Erweiterung des Bildungsangebots darf nicht zu Lasten der Qualität gehen. Im Gegenteil: Der bereits verbesserte **Personalschlüssel** muss mit Blick auf die zunehmend stärkere Einbindung der Kinder mit Behinderungen sowie die bessere und frühere soziale und sprachliche Förderung der Kinder weiter angepasst werden. Um den verbesserten Personalschlüssel auch umzusetzen und dem Personalbedarf gerecht zu werden, brauchen wir intensivere Anstrengungen zur Ausbildung und Gewinnung von ausreichend Erzieherinnen und Erziehern.

Gemeinsames Lernen im Kindergarten ist vor allem auch **soziales Lernen**. Kindertagesstätten können gerade in sozialen Brennpunkten in der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Eltern und Erzieherinnen und Erziehern einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der sozialen Stadt Berlin leisten.

Wir wollen Schulen, die **Lern- und Lebensort** für alle Kinder sind, die alle Kinder unabhängig von ihren mitgebrachten Voraussetzungen oder ihrer Herkunft annehmen, sich auf sie einstellen und sie zu ihren bestmöglichen Bildungsergebnissen führen. Wir wollen die öffentlichen Schulen in diesem Sinne stärken, statt stigmatisierende Gutscheine für private Nachhilfe an Kinder aus armen Familien zu verteilen.

Ziel unserer Bildungspolitik ist die Gemeinschaftsschule als **Schule für alle** Kinder vom Schulanfang bis zum Schulabschluss. DIE LINKE hat in Berlin Meilensteine auf dem Weg zu einer solchen Schule gesetzt. Wir haben die Ganztagsangebote ausgeweitet und Gemeinschaftsschulen ermöglicht. Mit der flächendeckenden Einführung der Integrierten Sekundarschule haben wir einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu längerem gemeinsamen Lernen gemacht. Hiermit wurde nicht nur die Hauptschule abgeschafft, sondern eine Schulform geschaffen, die allen Schülerinnen und Schülern gemeinsam den Weg zum Abitur eröffnet.

DIE LINKE hat durchgesetzt, dass **Gemeinschaftsschulen** aufgebaut werden können. Wir wollen, dass sie über alle Jahrgangsstufen bis zum Abitur ausgebaut werden und dieses Pilotprojekt als eine stufenübergreifende Regelschulform gesetzlich verankert wird. Sie setzen neue Lernkonzepte des individuellen und kooperativen Lernens um und übernehmen eine Leitbildfunktion für das Lernen in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen. Weitere Schulen können und sollen sich an der Pilotphase beteiligen. Auch in Kreuzberg hat sich mit der Lina Morgenstern-Schule eine Gemeinschaftsschule auf den Weg gemacht, und zum Schuljahr 2011/2012 startet eine zweite Gemeinschaftsschule, die Carl-von-Ossietzky-Schule in der Blücherstraße. Wir werden diese Schulen in ihrer Entwicklung unterstützen. Darüber hinaus wollen wir, dass es auch in Friedrichshain ein Gemeinschaftsschulangebot gibt und unterstützen entsprechende Initiativen.

DIE LINKE will **Integrierte Sekundarschulen** im Bezirk als attraktive Alternative zum Gymnasium entwickeln. Sie führen zu den gleichen Abschlüssen bis hin zum Abitur und bieten als Ganztagschulen und mit dem Abitur nach 13 Jahren mehr Zeit zum Lernen, für die individuelle Förderung und die Entwicklung von Talenten. Wir wollen, dass für alle Integrierten Sekundarschulen auch in der Aufbauphase klar erkennbar ist, welchen Weg zum Abitur sie anbieten. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer neuen Gymnasialen Oberstufe im Wrangelkiez als Angebot für die Kreuzberger Sekundarschulen ein.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass an allen Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Integrierten Sekundarschulen ausreichend Räume für die ganztägige Förderung, Arbeitsgemeinschaften und die Essensversorgung geschaffen werden. Die weitere **Sanierung und der Umbau der Schulgebäude** entsprechend der pädagogischen Anforderungen an gute Schulen sind für uns deshalb besonders wichtig. Dafür muss das Land auch nach Auslaufen der Konjunkturpakete Mittel zur Verfügung stellen. Im Bezirk muss das selbstverschuldete Chaos bei der Umsetzung der Schulbaumaßnahmen beendet werden. Auch Kinder mit Beeinträchtigungen haben ein Recht auf einen Schulplatz in der Regelschule. Dafür werden wir im ersten Schritt darauf hinwirken, dass alle Schulgebäude barrierefrei werden.

Ganztagschulen brauchen auch Vollzeitstellen für **Hausmeister und Schulsekretärinnen**, die den organisatorischen Ablauf sicherstellen. Sie sind wichtige Ansprechpartner für Eltern und Kinder. Gleichzeitig sind sie eine Voraussetzung dafür, dass Schulen sich in den Kiez öffnen können.

Wir wollen das Angebot der musischen Bildung verbessern und eine **Kinder- und Jugend-Kunstschule** im Samariterviertel in Zusammenarbeit mit dem „Kunst- und Medienwerk e.V.“ entwickeln.

DIE LINKE ist eine konsequente Friedenspartei und sie versteht Schulen als Einrichtungen, in denen die Ideen des Friedens, der Gleichheit der Menschen und der Solidarität gelehrt werden. Deshalb lehnen wir es grundsätzlich ab, Jugendoffizieren der Bundeswehr die Gelegenheit zu geben, **Rekrutierungsveranstaltungen** an Schulen durchzuführen. Wir lehnen auch private **Sicherheitsdienste** oder gar Videoüberwachungseinrichtungen an den Schulen ab.

CLUBKULTUR

MAN KANN DURCHS LEBEN GEHEN. ABER MAN KANN AUCH TANZEN.

DIE CLUBKULTUR PRÄGT UNSEREN BEZIRK UND SEIN IMAGE ALS SZENEBEZIRK. ABER DIE ZAHLREICHEN CLUBS SIND AUCH EIN BEDEUTENDER WIRTSCHAFTSFAKTOR UND SIE SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE. DAS SO 36 WURDE MIT HILFE DER LINKEN GERETTET. ABER DIE ZUKUNFT VIELER CLUBS IST WEITERHIN NICHT GESICHERT. WIR WOLLEN DIE CLUBS FÖRDERN UND IHNEN PERSPEKTIVEN SICHERN.

Friedrichshain-Kreuzberg ist schon lange ein Ort, an dem die unterschiedlichsten **Kulturen und vielfältigen Szenekulturen** ihren Platz hatten und haben. In letzter Zeit verzeichnet unser Bezirk eine Reihe von Neueröffnungen von Clubs und Diskotheken verschiedenster Subkulturen und Szenen. DIE LINKE begrüßt diese Entwicklung und will diese weiter fördern. Dazu ist es nötig, die Zusammenarbeit von Ordnungsämtern, Bauämtern und anderen mit den **Clubbetreibern** zu verbessern und zu erleichtern. Ebenfalls fordern wir, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg Ansiedlungen und den Betrieb von Clubs und Diskotheken aktiv unterstützt und etwa bei Fragen nach Standorten alle Möglichkeiten ausschöpft, um die vielfältigen Szenen und Subkulturen zu fördern.

Eine Stärke Friedrichshain-Kreuzbergs findet ihren Ausdruck in Selbstorganisation, in Netzwerken von Kreativen und Subkulturen. Unser Bezirk wirkt als Magnet. Viele Clubbetreiber sowie Künstlerinnen und Künstler wehren sich dagegen, dass diese positive Anziehungskraft zur Verdrängung der hier lebenden Menschen missbraucht wird. Wir LINKEN finden, dass der überhitzte Immobilienmarkt in Friedrichshain und Kreuzberg nicht nur einkommensschwache Haushalte, sondern auch „Kultur von unten“ vertreibt und dadurch eine Gleichförmigkeit der Kulturlandschaft unterstützt. Wir treten deshalb für den **Erhalt von traditionellen Einrichtungen** wie das Otto-Nagel-Studio und die Tilsiter Lichtspiele aber auch das SO 36 und andere Clubs ein.

DIREKTE DEMOKRATIE

DIE ÖFFENTLICHKEIT IST DAS ZENTRUM DES POLITISCHEN.

DIE LINKE TRITT DAFÜR EIN, DASS DIE EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER VON FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG MEHR ZU SAGEN UND VOR ALLEM AUCH ZU ENTSCHEIDEN HABEN. UNABHÄNGIG VON IHREM ALTER UND IHRER HERKUNFT.

In Berlin sind unter der Regierung von SPD und LINKEN die Formen direkter Demokratie wesentlich erweitert worden. Wir haben immer unterstützt, dass **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide** durchgeführt werden, selbst wenn die politischen Ziele nicht unsere sind. Wir begrüßen die neuen Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden, aber sie reichen uns nicht. Wir werden beantragen, dass Bürgerinnen und Bürger, die mindestens 500 Unterschriften für ein Anliegen gesammelt haben, ein **Initiativrecht** für die BVV bekommen. Dadurch kann der Vorschlag wie ein normaler Antrag der Parteien behandelt und entschieden werden.

Wir wollen ein gerechtes **Wahlrecht**. Jugendliche ab 16 Jahren und Nicht-EU-Bürger, die hier dauerhaft leben, sollen auf allen Ebenen wählen dürfen.

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg sieht sich dem Prinzip des „Gläsernen Rathauses“ verpflichtet. Dazu zählt auch, das politische Geschehen in der BVV und ihren Ausschüssen der Öffentlichkeit medial zugänglich zu machen. Deshalb werden wir beantragen, dass die Sitzungen der **BVV Live** ins Internet übertragen werden.

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es eine lange Tradition der besonders starken Beteiligung von **Seniorinnen und Senioren** an der Politikentwicklung. Wir wollen, dass die Seniorenvertretung gestärkt und die bezirklichen Seniorenkonferenzen kontinuierlich fortgeführt werden. DIE LINKE hat die Einführung des „Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben im Land Berlin“ durchgesetzt. Jetzt arbeiten wir daran, das Gesetz konsequent umzusetzen. Dazu gehört auch die konsequente Einbeziehung der Seniorenvertretung in die Beratung der politischen Gremien des Bezirks und die gemeinsame Durchführung von Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung mit Senioren und Seniorinnen und Menschen mit Behinderungen.

DIE LINKE will den **bezirklichen Beiräten** mehr Einfluss im Bezirk geben. Daher sollen die drei Beiräte für Integration und Migration, für Menschen mit Behinderungen und für Schule ein Antrags- und Rederecht in der BVV bekommen. Wir finden, dass bei allen Entscheidungen die Belange der Menschen mit Behinderungen stärker beachtet werden müssen, und wir wollen in der Perspektive einen barrierefreien Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Dazu sind bauliche, aber auch soziale und kulturelle Barrieren abzubauen.

DIE LINKE steht für die **Weiterführung des Bürgerhaushalts** in Friedrichshain-Kreuzberg. Dafür ist es notwendig, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner zunächst in die Lage versetzt werden, nachzuvollziehen, wie ein Bezirkshaushalt aufgebaut ist, welches Geld wofür verwendet werden soll und wo die Spielräume für die aktive Mitbestimmung liegen. Dies gilt auch für die Investitionen. Auf dieser Grundlage sollen dann die Bürgerinnen und Bürger letztendlich entscheiden, welche Ausgaben getätigt werden und welche nicht. Zur Unterstützung dieses Prozesses fordern wir die Gründung von Bürgerhaushaltsräten in den acht Bezirksregionen.

EUROPA UND INTERNATIONALES

STÄDTEPARTNERSCHAFTEN SIND VÖLKERFREUNDSCHAFT VON UNTEN.

FRIEDRICHSHAIN UND KREUZBERG HABEN EINE LANGJÄHRIGE TRADITION DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT ÜBER INTERNATIONALE STÄDTEPARTNERSCHAFTEN MIT KADIKÖY IN ISTANBUL, OBORISHTA IN SOFIA, SAN RAFAEL DEL SUR IN NICARAGUA, SZCZECIN IN POLEN UND KIRYAT YAM IN ISRAEL.

Im Rahmen der Partnerschaften werden Projekte durchgeführt, die der gegenseitigen Verständigung dienen, aber auch ganz praktische Hilfen organisieren. Bestes Beispiel ist die Partnerschaft mit San Rafael. Unterstützt durch DIE LINKE können jedes Jahr durch eine Anschubfinanzierung des Bezirks und mit Geldern des Landes und der EU Projekte in Millionenhöhe in den Bereichen Bildung oder Förderung der ökologischen Landwirtschaft finanziert werden. Insbesondere diese Partnerschaft muss durch die Weiterführung der bezirklichen Unterstützung eine langfristige Absicherung ihrer Arbeit erhalten. Aus Geldern der öffentlich geförderten Beschäftigung sollen auch in Zukunft Stellen beim Partnerschaftsverein finanziert werden.

Aus der Zeit der deutschen Teilung bestehen nach wie vor auch **innerdeutsche Partnerschaften**. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung und in Zeiten nahezu leerer Kassen keine Haushaltsmittel mehr für diese Partnerschaften auszugeben. Stattdessen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode eine Partnerschaft mit einer Stadt im kurdischen Landesteil der Türkei, zum Beispiel Diyarbakir oder Van, vereinbaren.

FREIZEIT, SPORT UND EHRENAMT

DER ALLTAG DER MEISTEN MENSCHEN IST STILLES HELDENTUM IN RATEN. ANNA MAGNANI

VIELE MENSCHEN IN UNSEREM BEZIRK SIND BEREIT, SICH IN DER NACHBARSCHAFT FÜR EIN GUTES MITEINANDER ZU ENGAGIEREN. OB FREIWILLIGE MITARBEIT IN DEN SOZIALKOMMISSIONEN, LESEPATEN, TRAINERINNEN UND TRAINER IN SPORTVEREINEN, MITARBEIT IM BÜRGERKOMITEE ODER QUARTIERSRAT, DIE PFLEGE EINES BÜRGERGARTENS ODER DAS ENGAGEMENT FÜR EIN STADTTTEILFEST – UNSER BEZIRK WÄRE ÄRMER OHNE DAS EHRENAMT.

DIE LINKE will die **Spiel- und Sportplatzangebote** insbesondere im Friedrichshainer Norden, zum Beispiel im Richard-Sorge-Viertel, wo zurzeit ein Defizit von über 50 Prozent existiert, in Quantität und Qualität verbessern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auf allen Spiel- und Bolzplätzen so genannte Spielplatz-Patenschaften und ein Schlüsseldienst durch das Bezirksamt organisiert werden. Wir wollen durchsetzen, dass die Sportflächen des Bezirks voll ausgelastet werden und nicht durch zu kurze Arbeitszeiten der Hausmeister oder fehlende Schlüsselverträge trotz großem Bedarf leer stehen.

DIE LINKE hat sich von Beginn an für den **Erhalt des Sport- und Erholungszentrums (SEZ)** in Friedrichshain eingesetzt. Unser Ziel bleibt dabei eine Angebotspalette, die Freizeitgestaltung auch für Familien mit geringen Einkommen ermöglicht. Es ist noch nicht alles umgesetzt, was wir uns wünschen, aber wir unterstützen den Betreiber bei seinem Vorhaben, das Angebot des SEZ kontinuierlich zu erweitern und auch kulturelle Angebote zu schaffen. Den immer wieder insbesondere von CDU und FDP neu startenden Versuchen, die Fortschritte im SEZ zu diffamieren oder Vorschläge zum Weiterverkauf an schnellere private Verwertung werden wir weiter entgegenreten.

Wir setzen uns dafür ein, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich noch besser anzuerkennen. **Ehrenamtliches Engagement** braucht aber auch Ansprechpartner in der Verwaltung. Deshalb fordern wir, in allen Abteilungen des Bezirksamtes Personen zu benennen, die diese Aufgabe zu erfüllen haben. Wir wollen Ehrenamtliche in ihrer Arbeit durch Weiterbildungsangebote ebenso unterstützen wie durch Fahrkarten, wenn die eigenen Mittel dafür nicht ausreichen. Dafür muss die Freiwilligenagentur Friedrichshain-Kreuzberg weiter ausgebaut und unterstützt werden.

DIE LINKE unterstützt Initiativen, bei denen Anwohnerinnen und Anwohner in Kooperation mit Vereinen oder Schulen, Kindern kostenlose „**Ferienspiele**“ anbieten. Besonders die Initiative des Bürgerkomitees Weberwiese, das während der Sommerferien für Kinder zahlreiche Freizeitangebote anbietet, muss zukünftig stärker durch den Bezirk unterstützt werden. Solche Initiativen oder die Ehrung von Aktiven in den Sportvereinen müssen weiterhin aus Mitteln der Bürgerbeteiligung gefördert werden.

Auch **Kiezfeste** gehören zum bunten Leben des Bezirks. Sie werden von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern oder Vereinen organisiert. Oftmals haben sie Probleme mit der Finanzierung. DIE LINKE ist daher der Auffassung, dass in diesen Fällen die Veranstalter zum Beispiel von den Gebühren der Sondernutzung Straßenland freigestellt werden sollten.

Wir setzen uns dafür ein, dass es in jedem Sozialraum unseres Bezirks mindestens ein **Familien- und Nachbarschaftszentrum** sowie **Seniorenfreizeitstätten** gibt. Die sozialen Einrichtungen unseres Bezirks müssen personell so ausgestattet sein, dass sie die wichtigen Aufgaben, die sie für die Bevölkerung wahrnehmen, dauerhaft absichern können. Für die Seniorenfreizeitstätten streben wir die Weiterentwicklung zu generationsübergreifenden Begegnungszentren an.

Nach wie vor herrscht in Friedrichshain-Kreuzberg ein Mangel an funktionsfähigen und vielseitigen **Sportanlagen**. Umso wichtiger ist es, vorhandene Freiflächen auch für die sportliche Nutzung zu entwickeln ohne andere Nutzer zu verdrängen. DIE LINKE teilt deshalb die Forderung des „Dreigroschen e.V.“ nach einem Bouleplatz auf dem Marheinekeplatz und die Umgestaltung des Platzes. Wir wollen eine qualifizierte Sportanlagenentwicklungsplanung unter Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner, denn die sind in den Sozialräumen recht unterschiedlich und unterliegen Veränderungen. Obwohl die Förderung des Frauen- und Mädchensports jetzt einen Platz in der Sportentwicklungsplanung Berlins gefunden hat, bleibt sie ein Schwerpunkt unserer Arbeit.

Die Erfahrungen bei der künstlerischen Verschönerung der Tonnensporthalle in der Fredersdorfer Straße 48 müssen für vergleichbare **Aktionen** genutzt werden können. Die erworbene soziale Kompetenz aller Beteiligten darf nicht verloren gehen, sondern sie sollte weiter vermittelt werden. Das Ergebnis der Verschönerung der Sporthalle hinsichtlich bürgerschaftlichem Engagement, künstlerischer Bildung für Kinder und Jugendliche, Beteiligung, Prävention, Integration, generationsübergreifende Zusammenarbeit, Sponsoring etc. ist beispielhaft.

GESUNDHEIT

GESUNDHEIT IST MEHR ALS DIE ABWESENHEIT EINER KRANKHEIT.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR EINE SOLIDARISCHE BÜRGERINNEN- UND BÜRGERVERSICHERUNG EIN, DIE ALLEN MENSCHEN UNABHÄNGIG VOM GELDBEUTEL IM KRANKHEITSFALL BESTMÖGLICHE HEILUNG GEWÄHRLEISTET. DAS GESUNDHEITSWESEN SOLL AUF DIE VORSORGE VOR KRANKHEIT AUSGERICHTET SEIN UND NICHT AUF DIE PROFITINTERESSEN DER PHARMAKONZERNE UND DER GESUNDHEITSINDUSTRIE. DESHALB MÜSSEN WIR IN UNSERER KOMMUNALEN GESUNDHEITSPOLITIK GEGENSTEUERN.

Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) in Friedrichshain-Kreuzberg ist besonders wichtig für die Vorsorge und die Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen und der gesundheitlichen Betreuung sozial Benachteiligter. Wir wollen die Angebote des ÖGD so weiterentwickeln, dass Menschen Gesundheit als ihr eigenes Interesse erkennen und verfolgen und dass sie dabei in sozialen Netzwerken verankert werden, die ihnen den Austausch mit anderen und gegenseitige Hilfeleistung bieten. Deshalb wollen wir insbesondere den Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung im Gesundheitsamt und die kultursensible Weiterentwicklung der Angebote fortsetzen. DIE LINKE in Friedrichshain-Kreuzberg wird auch in den kommenden Haushaltsberatungen dafür eintreten, dass es eine Sicherung der Angebote im öffentlichen Gesundheitsdienst gibt.

Das Gesundheitsamt in der Urbanstraße in Kreuzberg wurde in „**Dr. Curt Bejach Gesundheitszentrum**“ umbenannt. Uns ging es dabei nicht nur um den Bezug zum Gründer des ersten kommunalen Zentrums für präventive Medizin und Gesundheitserziehung in Berlin. Wir wollen daran anknüpfen, dass unter Dr. Curt Bejach für die Benachteiligten der Gesellschaft, die Arbeiterbevölkerung, neben den üblichen Beratungsstellen zur Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, der Schulgesundheitspflege oder Tuberkulosefürsorge eine „Lehrstätte für hygienische Volksbelehrung“, wechselnde Ausstellungen und auch eine Sexualberatungsstelle eingerichtet wurden. Das „neue“ Gesundheitszentrum soll in diesem Sinne, Angebote der Gesundheitsförderung hinsichtlich gesunder Ernährung, Bewegung, gesundem Wohnen und der Gesundheitsprävention von der Geburt bis ins hohe Alter bieten.

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es viele Ärztinnen und Ärzte, nur praktizieren sie leider nicht immer dort, wo sie gebraucht werden. Versorgungsengpässe sind vor allem da entstanden, wo Arztpraxen geschlossen wurden, um sie dann in vermeintlich lukrativeren Kiezen neu zu eröffnen. Wir werden uns im

Land und in unserem Bezirk weiterhin dafür einsetzen, dass die wohnortnahe **Versorgung mit Haus- und Fachärzten** ohne lange Wartezeiten wieder gesichert wird. Kurzfristig muss in Friedrichshain-Kreuzberg der Versorgungsengpass bei Kinder- und Jugendpsychiatern behoben werden.

Auch in Friedrichshain-Kreuzberg leben immer mehr Menschen, die als Illegalisierte, als Flüchtlinge, als EU-Bürgerinnen und -Bürger oder aus anderen Gründen **nicht krankenversichert** sind. Auch sie brauchen eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung. Dafür bauen wir die bestehenden Netzwerke aus und setzen uns dafür ein, dass die Finanzierungsbasis für die gesundheitliche Versorgung illegalisierter Menschen zum Beispiel durch den anonymen Krankenschein verbessert wird.

Die steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt führen auch dazu, dass Anbieter der psychosozialen Versorgung bei ihrem Bemühen, Wohn- und Betreuungsräume zu finden, immer größere Schwierigkeiten haben. Wir setzen uns dafür ein, bezirkseigene Immobilien, die nicht mehr genutzt werden, diesen Trägern für **betreutes Wohnen** zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig werden wir gemeinsam mit der LINKEN auf Landesebene daran arbeiten, dass kommunale Wohnungsunternehmen ihrer Verantwortung für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Wohnraum für Menschen mit psychischen Erkrankungen gerecht werden

Nikotin und Alkohol schaden der öffentlichen Gesundheit in Deutschland mehr als alle illegalen **Drogen** zusammen. Deshalb fordert DIE LINKE ein **Werbeverbot für Alkohol und Zigaretten** und die Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes. Außerdem setzen wir uns für niedrigschwellige Anlaufstellen für Alkoholabhängige ein, in denen mitgebrachter Alkohol konsumiert werden kann.

Abhängige sind nicht kriminell, sondern krank! DIE LINKE streitet seit Jahren für mehr **Präventions- und Beratungsangebote**, für die Entwicklung eines Programms für ältere Drogenerkrankte und für die **Diamorphinersatzbehandlung** für schwerstabhängige Heroinkonsumenten. Wir setzen uns dafür ein, dass eine solche Diamorphinausgabe schnellstmöglich in Berlin eingerichtet wird. Eine solche Abgabestelle könnte auch in Kreuzberg etabliert werden.

Drogenkonsumräume sind durch DIE LINKE in Berlin in eingeführt worden und leisten eine unverzichtbare Arbeit. Dank des Einsatzes der LINKEN konnte in der Reichenberger Straße ein neuer Standort für Kreuzberger Drogenkonsumraum gefunden werden, der zum Gesundheits- und Suchthilfezentrum mit sozialen Beratungs- und medizinischen Betreuungsangeboten neben den beaufsichtigten Konsummöglichkeiten ausgebaut wird. Sorgen und Ängste der Nachbarschaft hinsichtlich möglicher Belastungen und Konflikte nehmen wir ernst. Unsere ganze Unterstützung gehört den Angeboten der Suchthilfe am Kotti, in SO 36 oder in der Reichenberger Straße, die überlebenswichtig für Suchtkranke sind. Wir wollen sie finanziell absichern und ihre Angebote so weiterentwickeln, wie der Bedarf es notwendig macht.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, einerseits die Aufklärungsarbeit zu sogenannten „Partydrogen“ wie Ecstasy und Speed aber auch Heroin und Kokain zu erweitern und andererseits durch ein **„Drug-Checking“**-Angebot für wirkungsvollen Schutz vor gefährlichen Verunreinigungen zu sorgen.

HAUSHALT

DIE PHÖNIZIER HABEN DAS GELD ERFUNDEN - ABER WARUM SO WENIG?

JOHANN NEPOMUK NESTROY

DIE BERLINER BEZIRKE BEKOMMEN NICHT SO VIEL GELD, WIE SIE BENÖTIGEN. UM ALLE NOTWENDIGEN ANGEBOTE FÜR DIE BEWOHNERINNEN UND BEWOHNER AUSKÖMMLICH ZU FINANZIEREN, MUSS MEHR GELD VOM LAND IN DIE BEZIRKE. DER BUND MUSS HIERFÜR MIT EINER ANDEREN STEUERPOLITIK DIE NOTWENDIGEN FINANZIELLEN SPIELRÄUME SCHAFFEN. DIE STEUERREFORMEN VON SPD UND GRÜNEN SOWIE DER GROßEN KOALITION HABEN DIE SITUATION FÜR DIE KOMMUNALEN HAUSHALTE DRASTISCH VERSCHÄRFT, VOR ALLEM DURCH DIE ABSCHAFFUNG DER VERMÖGENSSTEUER, DIE WIEDERHOLTE SENKUNG DES SPITZENSTEUERSATZES UND DIE VERMINDERUNG DER KÖRPERSCHAFTSSTEUER. WIR WOLLEN DIE STEUERGESCHENKE VON UNION, SPD UND GRÜNEN ZURÜCKHOLEN, EINE BETTENSTEUER EINFÜHREN UND MEHR STEUERPRÜFERINNEN UND STEUERPRÜFER EINSTELLEN. NUR SO SCHAFFEN WIR GLEICHWERTIGE LEBENSBEDINGUNGEN. DAZU GEHÖREN AUSREICHEND BIBLIOTHEKEN, MUSIKSCHULEN, JUGENDFREIZEITANRICHTUNGEN, SPORTPLÄTZE, GRÜNFLÄCHEN SOWIE ÖFFENTLICHE KULTUR.

DIE LINKE hat sich dafür stark gemacht, dass die Bezirke gut finanziert werden. Im Haushaltsjahr 2010/2011 haben wir gegenüber den Vorschlägen des Finanzsenators eine Erhöhung der Zuweisungen an alle Bezirke um 90 Millionen Euro erreicht. Aber das reicht nicht. Darum haben wir dem Kürzungshaushalt – anders als Grüne und SPD – nicht zugestimmt und werden uns dafür einsetzen, dass die Zuweisung in der nächsten Legislaturperiode deutlich angehoben wird.

Wir erwarten, dass die **Altschulden** der Bezirke, sogenannte, um Posten bereinigt werden, die nicht durch die Bezirke selbst zu verantworten sind. Wir fordern, den seit Jahren anhaltenden Abbau der Angebote der Kinder- und Jugendbetreuung, der Bildung und Kultur sowie der sozialen Betreuung jetzt zu stoppen. Die **Haushaltsrisiken** für gesetzliche Sozialleistungen muss das Land Berlin tragen.

Wir wollen, dass die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, des Senates, der Bezirksämter und der Bezirksverordnetenversammlungen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass notwendige Kosten- und Ausgabenreduzierungen ausschließlich auf der Basis einer sachlichen **Aufgabenkritik** vollzogen werden. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang dafür ein, quantitative und qualitative Standards für die kommunalen Aufgaben erarbeitet werden.

Unser Bezirk wurde in acht Gebiete (Sozialräume) aufgeteilt, die soziale Situation sowie die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Angebote analysiert. Anhand der Daten über Arbeitslosigkeit, Armut, Altersstruktur usw. können die Haushaltsmittel des Bezirks gerechter, zielgerichteter und sinnvoller für die Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt werden. Wir wollen dieses Konzept einer sozialräumlich orientierten **Grundversorgung** als Basis einer weitgehend gerechten Haushaltskonsolidierung weiterführen.

Wir werden auch in Zukunft die Kosten des Bezirks kritisch unter die Lupe nehmen: So viel Geld wie möglich in die kommunalen Angebote und so wenig wie nötig in deren Verwaltung. Aber: Wir werden uns gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass die **Personalausstattung** der Bezirke die Aufgabenerfüllung wirklich ermöglicht und nicht nur nach Kassenlage bestimmt wird.

Bei **sozialer Arbeit** darf nicht gelten, dass automatisch das billigste Angebot den Zuschlag bekommt. Qualität in der Arbeit und die passende Konzeption müssen Maßstäbe bei der Auftragsvergabe sein. Der Einsatz öffentlicher Mittel soll bedarfsgerecht für die fachliche Betreuung und Versorgung von sozial Benachteiligten, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslosen und anderen Hilfeberechtigten erfolgen. Diese Forderung wurde durch die sogenannte Maserati-Affäre diskreditiert, das Ansehen sozialer, gemeinnütziger Organisationen schwer beschädigt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass für gemeinnützige Organisationen die gleichen Transparenz- und Offenlegungspflichten gelten wie für die öffentlichen Unternehmen Berlins und Tarifverträge und Mindestlöhne eingehalten werden.

INTEGRATION

IN DER VIELFALT LIEGT UNSERE CHANCE.

IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG LEBEN MENSCHEN AUS ALLEN 5 KONTINENTEN, AUS ÜBER 165 LÄNDERN ZUSAMMEN. DIESE VIELFÄLTIGKEIT VON MENSCHEN MIT UNTERSCHIEDLICHEN KULTUREN, MUTTERSPRACHEN UND RELIGIONEN IST EINE DER GROßEN STÄRKEN UND CHANCEN UNSERES BEZIRKS.

Nur wer das Gefühl hat, als **gleichberechtigtes Mitglied** einer Gesellschaft wahrgenommen zu werden, fühlt sich auch eingeladen, in ihr mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

Berlin hat unter Verantwortung der LINKEN als erstes Bundesland ein **Partizipations- und Integrationsgesetz** verabschiedet. Die Initiative dazu kam aus den Reihen des Berliner Integrationsbeirats, in dem Vertreter/innen von Migrantenselbstorganisationen, anderen Nichtregierungsorganisationen und des Senats zusammenarbeiten. Die Ziele sind im Wesentlichen die gesetzliche Absicherung bestehender Partizipationsgremien und die interkulturelle Öffnung weiterer

Gremien und Einrichtungen auf Landes- und Bezirksebene. In Friedrichshain-Kreuzberg sind viele dieser Partizipationsmöglichkeiten zum Glück seit langem gelebte alltägliche Praxis. Wir werden das auch weiterhin aktiv unterstützen und uns für eine stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten beispielsweise in der Seniorenvertretung einsetzen.

Weitere Schwerpunkte des Partizipations- und Integrationsgesetzes sind die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und landeseigenen Betrieben, die Anerkennung **interkultureller Kompetenz** als wichtige Qualifikation und die Gleichstellung der Religionen durch die Gleichbehandlung religiöser Feiertage und die Aufhebung des Sargzwangs.

Wir schaffen mehr demokratische Teilhabe für alle und tragen dazu bei, dass sich Staat und Verwaltung öffnen und sich auch selbst verändern. DIE LINKE in ihrer Verantwortung im Bezirksamt hat in den vergangenen Jahren dafür Sorge getragen, dass im Jobcenter und im Gesundheitsamt der Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung angeschoben wurde. Dies wollen wir in den nächsten Jahren intensivieren und auf weitere Verwaltungsbereiche ausdehnen.

Ähnlich wie mit dem grundlegenden Umdenken hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit brauchen wir einen Prozess der Reorganisation der Verwaltung, der **Entwicklung von Leitbildern**, der sicherstellt, dass gesellschaftliche Planung allen Menschen unabhängig ihrer Herkunft gleiche Chancen einräumt. In der öffentlichen Verwaltung wird dies entscheidend davon geprägt sein, wie sich die Vielfalt unserer Bürgerinnen und Bürger in der Vielfalt der dort Beschäftigten widerspiegelt.

Neben demokratischer Teilhabe sind **Bildung und Erwerbsarbeit** wichtige Faktoren für gesellschaftliche Integration.

Wir stehen mit dem Programm „Berlin braucht dich“ und einer Fülle weiterer Maßnahmen für die Öffnung des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft für Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund.

JUGEND UND FAMILIE

DIE SYMPHONIE UNSERES LEBENS BESTEHT AUS DEN MOTIVEN UNSERER JUGEND. PETER SIRIUS

DIE LINKE SETZT SICH FÜR DIE STÄRKUNG FAMILIENBILDENDER UND FAMILIENUNTERSTÜTZENDER ANGEBOTE EIN. ANGEBOTE DER FAMILIENBILDUNG MÜSSEN ERWEITERT WERDEN, DENN EIN FAMILIENZENTRUM PRO BEZIRKSREGION IST KEIN AUSREICHENDES ANGEBOT.

Wir treten dafür ein, dass sich alle Kitas, insbesondere in sozialen Schwerpunktgebieten, zu Familienzentren entwickeln können. Uns ist es wichtig, dass bei Bildungsfragen auch die Familie mit in den Blick genommen wird, damit gemeinsam mit den Eltern dem Kind ein guter Start ins Leben ermöglicht wird.

Hilfen zur Erziehung sollen auch zukünftig in dem Umfang angeboten werden, wie er zur Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung junger Menschen in besonderen Lebenssituationen notwendig ist. Dabei soll besonders die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und -verantwortung im Mittelpunkt stehen. Die Angebote sollen eine Hilfe zur Selbsthilfe durch Erschließung der familiären, sozialen und sozialräumlichen Kompetenzen sein.

Auch **Kinder- und Jugendfreizeitangebote** sind Angebote der Bildung und Integration und leisten einen Beitrag, jungen Menschen das Recht auf Förderung und Unterstützung selbstbestimmten und selbstorganisierten Lebens zu gewährleisten. DIE LINKE hält am Modell der sozialen Grundversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und deren Finanzierung fest. Gegen Grüne und SPD ist es uns nicht gelungen, die Übertragung kommunaler Einrichtungen an freie Träger zu verhindern. Umso mehr setzen wir uns für den Erhalt der noch verbliebenen vier kommunalen und der weiteren in Kooperation mit der Kommune betriebenen Einrichtungen ein. Sie sind Teil der reichhaltigen soziokulturellen Infrastruktur, die unabhängig vom Einkommen, allen offen steht.

Selbstverwaltete Projekte von Kindern und Jugendlichen, Projekte zur Förderung jugendlicher Migrantinnen und Migranten, zur Begegnung unterschiedlicher Kulturen, zur politischen Jugendbildung und zur Mädchenarbeit haben eine besondere Bedeutung. Wir wollen, dass im Bezirk vorhandene und geeignete Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entsprechend ihrem Entwicklungsstand auch weiterhin angeboten und ausgebaut werden. Wir unterstützen die Idee einer **BVV für Jugendliche**, in der deren Ideen, Konzepte und Kritikpunkte von ihnen selbst debattiert und nach Möglichkeit auch entschieden werden. Außerdem wollen wir, dass Kinder und Schüler bei der Planung und Neugestaltung von Spielplätzen oder Schulhöfen frühzeitig einbezogen werden.

KULTUR

KULTUR IST KEINE SACHE DER ELITEN. SCHÖPFER DER KULTUR SIND ARBEITENDE MENSCHEN.

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG IST REICH DURCH DIE VIELFALT DER KULTUREN, DIE DEM BEZIRK SEIN GESICHT GIBT. DIESEN REICHTUM BEIM ZUSAMMENLEBEN ZU NUTZEN, KANN EINE STÄRKE DES BEZIRKS WERDEN, WENN ES UNS GEMEINSAM GELINGT, SOZIALE BRÜCKEN ZWISCHEN DEN KULTUREN ZU BAUEN. KULTUR IST KEINE FREIWILLIGE NEBENSACHE DER KOMMUNEN, SONDERN UNVERZICHTBARE AUFGABE ZUR GEWÄHRLEISTUNG DER SOZIALEN STABILITÄT SOWIE DES SOZIOKULTURELLEN ZUSAMMENHALTS DES GEMEINWESENS.

Kommunale **Kulturförderung** öffnet Räume und Freiräume für die private und freie Kunst- und Kulturproduktion. Dabei unterstützt DIE LINKE den kulturellen Wertewandel und setzt sich für humanistische Wertebildung und Gesellschaftskritik ein. Neben dem Angebot von profilierten Produktionsstätten, wie beispielsweise dem Hebbel-Theater oder Präsentationsräumen, wie den kommunalen Galerien oder dem großen Karneval der Kulturen, bietet der Bezirk nahezu einzigartige Einrichtungen wie das Schwule Museum oder das Ballhaus Naunynstraße. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Land und Bezirke Mindeststandards für die soziokulturelle Infrastruktur vereinbaren und damit auch ihre Finanzierung sichern. Wir wollen eine Mindestversorgung durch Bibliotheken, Volkshochschule, Musikschule, Bezirksmuseum sowie kommunale Galerien und Spielstätten und lehnen weitere Schließungen ab.

DIE LINKE wird sich gegenüber dem Land Berlin dafür einsetzen, dass das **Ballhaus Naunynstraße** als kommunales Zentrum jungen, postmigrantischen Theaters eine langfristige, ausreichende Finanzierung erhält und damit die inzwischen internationale Anerkennung gewürdigt wird.

Kulturarbeit in Friedrichshain-Kreuzberg bedeutet für DIE LINKE, die lebendige Kulturlandschaft mit ihren verschiedenen Kulturen im Bezirk zur Geltung zu bringen. Die bestehenden Kultureinrichtungen müssen erhalten werden. Deshalb fordert DIE LINKE, die öffentliche Finanzierung von Kulturarbeit auch angesichts leerer Kassen zu stabilisieren und zu vermeiden, dass Sponsoren ein Übergewicht bei der Entwicklung von Kulturprojekten bekommen. Wo Initiativen und Projekte finanziell nicht oder nur unzureichend unterstützt werden können, muss zumindest eine öffentlichkeitswirksame moralische Unterstützung erfolgen. Die Vernetzung der Träger muss stärker gefördert, gemeinsame Veranstaltungen sollten organisiert werden. DIE LINKE fordert, dass bei Veranstaltungen in bezirklichen kulturellen Einrichtungen für Inhaberinnen und Inhaber des „berlinpasses“ verbilligter Eintritt erhoben wird.

Jugendarbeit ist auch Jugendkulturarbeit. Das Angebot der **Kreativräume** muss deshalb erweitert werden. Proben- und Auftrittsmöglichkeiten für Bands, die sich in Selbstinitiative Jugendlicher gebildet haben, wollen wir unterstützen. Auch die kulturellen Angebote für Seniorinnen und Senioren müssen ausgeweitet werden. Ungenutzte Liegenschaften und Freiräume im Bezirk wollen wir verstärkt für kulturelle Nutzungen öffnen.

Um die Lese-, Medien- und Sprachkompetenz vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, braucht Berlin leistungsfähigere öffentliche **Bibliotheken**. Die neue Zentralbibliothek in Friedrichshain sollte neue Formen der Lesekultur entwickeln und dabei freie Literaturwerkstätten fördern. Um möglichst vielen Menschen den Zugang zu kultureller Bildung zu öffnen, will DIE LINKE das bisher hauptsächlich auf Kinder und Jugendliche ausgerichteten Angebot auf Seniorinnen und Senioren erweitern, den Interkulturellen Dialog und die kulturelle Bildung ausbauen.

Erinnerungskultur ist ein wichtiger Bestandteil der Kulturpolitik. DIE LINKE wird sich für den Erhalt und die Sanierung von im öffentlichen Raum aufgestellten Büsten und Denkmälern sowie Gedenktafeln für Antifaschistinnen und Antifaschisten und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung einsetzen. DIE LINKE unterstützt den „Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.“ in seinem Bestreben, dem Konzentrationslager „Columbiadamm“ und Nazi-Zwangsarbeiter-Lager am historischen Ort angemessen zu gedenken.

DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg setzt sich für die Weiterentwicklung des Friedhofes der Märzgefallenen als Gedenkstätte zweier Revolutionen ein. Der Friedhof soll als nationale und europäische Gedenkstätte stärker für den Tourismus erschlossen werden. Zudem sollen die Schulen des Bezirkes besser in die Erinnerungsarbeit im Zusammenhang mit dem Märzfriedhof einbezogen werden.

LÄRM

DENEN, DIE DER RUHE PFLEGEN, KOMMEN MANCHE UNGELEGEN. WILHELM BUSCH

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG IST EIN BUNTER BEZIRK MIT ALTEINGESESSENEN UND NEU HINZUGEZOGENEN, STUDIERENDEN, ERWERBSLOSEN, ARBEITERN, AKADEMIKERINNEN, RENTNERINNEN UND RENTNERN. DIES FÜHRT ZU UNTERSCHIEDLICHEN INTERESSEN UND KONFLIKTEN, BEISPIELSWEISE BEIM LÄRM. WENN SICH DIE BETEILIGTEN NICHT EINIGEN KÖNNEN, IST DIE POLITIK GEFRAGT.

„Partykultur“ steht dem Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner gegenüber. Aufgabe der Politik ist es, diese Interessen auszugleichen. Relativ gut gelungen ist das beispielsweise in der Friedrichshainer Simon-Dach-Straße. Konflikte gibt und gab es an der Kreuzberger Admiralbrücke oder im Görlitzer Park. Wir halten teure Mediationsverfahren, wie sie die SPD an der Admiralbrücke durchgesetzt hat, für reine Geldverschwendung und Alibi-Veranstaltungen. Wenn sich die Beteiligten nicht einigen können, muss die Politik eine Entscheidung fällen. Und letzten Endes gilt für uns: Das Recht auf **Lärmschutz** ist wichtiger als das Bedürfnis nach nächtlicher Freiluft-Party. In Gebäuden werden wir uns aber immer dafür einsetzen, dass bauliche Lösungen gefunden werden, die Party und Nachtruhe gleichermaßen ermöglichen.

MIETEN UND STADTENTWICKLUNG

NICHT DEN GUTBETUCHTEN DIE PALÄSTE UND DEN ARMEN DIE HÜTTEN.

MIT DEN STICHWORTEN GENTRIFIZIERUNG UND SEGREGATION WERDEN IN AKTUELLEN DEBATTEN ENTWICKLUNGEN BESCHRIEBEN, DIE DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT UND DIE VIELFALT DES MITEINANDERS GEFÄHRDEN. WIR SETZEN UNS FÜR DIE SICHERUNG BEZAHLBAREN WOHNRAUMS FÜR ALLE EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER UND GEGEN DIE WEITERE VERDICHTUNG DURCH DIE BEBAUUNG VON GRUNDSTÜCKEN SOWIE DIE REIN ÖKONOMISCH AUSGERICHTETE WEITERENTWICKLUNG VON ORTSTEILEN EIN.

Angesichts steigender Mieten sorgen sich viele Bewohnerinnen und Bewohner, ob sie sich künftig das Wohnen in Friedrichshain-Kreuzberg noch leisten können. Kosten von Wohnungsmodernisierungen können mit elf Prozent jährlich auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden, Vermieter nutzen die Unwissenheit der Mieterinnen und Mieter aus und verlangen überhöhte Mieten, die Betriebskosten steigen parallel dazu. Zudem läuft in den nächsten Jahren für mehr als 750 Wohnungen die Förderung des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus aus, wodurch erhebliche **Mietsteigerungen** drohen. Dies alles führt zu einer besonders starken Belastung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie von Familien mit Kindern. Es droht eine neue Wohnungsnot, die Gefahr von Obdachlosigkeit wächst.

Wir haben die Mieterinnen und Mieter der **Fanny-Hensel-Siedlung** unterstützt, die sich beispielgebend für die gesamte Stadt gegen diese Mieterhöhungen zur Wehr gesetzt haben. Der Kampf war letztendlich erfolglos, weil die SPD-Senatorin Junge-Reyer und der Regierende Bürgermeister nicht bereit waren, die Forderungen der Mieterinnen und Mieter auch nur teilweise zu unterstützen. Der Runde Tisch Fanny-

Hensel-Kiez wurde aufgrund der massiven Mietsteigerungen eingerichtet. Er muss gemeinsam mit Betroffenen, weiteren Mieterinitiativen, den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, der GSW und unter Einbeziehung der Senatsverwaltung für Wohnen und des Jobcenters zu einer ständigen Einrichtung werden, um gemeinsam Hilfen anzubieten und Alternativen zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für die Häuser und Wohnblöcke, wo durch den Wegfall der **Anschlussförderung** in den nächsten Jahren die Mieterinnen und Mieter zum Verlassen der Wohnungen gezwungen sind. Hier muss vorausschauend gehandelt werden, bevor Mietenerhöhungen wirksam werden. Deshalb fordern wir, dass das Bezirksamt eine Liste der betroffenen Wohnungen erstellt und rechtzeitig einen zu diskutierenden Maßnahmenplan erstellt. DIE LINKE drängt in der BVV auf einen Beschluss, in dem der Senat zur Vorlage eines Entwurfs für ein Wohnraum-Gesetz aufgefordert wird. In diesem soll u.a. das für Sozialwohnungen geltende System der Kostenmiete durch ein Vergleichsmietensystem ersetzt werden.

Wohnungen im kommunalen Eigentum dürfen nicht privatisiert werden. Dies ist ehrlicherweise auch die Lehre aus einem folgenschweren Fehler, den die PDS 2004 begangen hat: dem Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft GSW. Wir können diesen Fehler nicht rückgängig machen, wir konnten nur daraus lernen. Seit dem wurde in Berlin nicht mehr privatisiert und mit uns wird es, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, Privatisierungen nicht mehr geben. Es muss im Gegenteil über den weiteren **Zukauf von Wohnungen** durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften nachgedacht werden, damit einkommensarme Haushalte zukünftig in unserem Bezirk noch bezahlbare Wohnungen finden können.

Wir werden unseren Einfluss dafür nutzen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, **Zwangsumzüge von ALG II-Empfängenden** zu vermeiden. Dazu ist es unerlässlich, die AV Wohnen, in der die erlaubten Mietkosten festgelegt sind, an die Inflationsrate anzupassen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen müssen verpflichtet werden, für einen Großteil ihrer Wohnungen nur Mieten zu verlangen, die im Rahmen der AV Wohnen liegen. DIE LINKE fordert weiterhin, dass im Job-Center und auf dem Sozialamt die Mieterhöhungen und Betriebskostenabrechnungen der Bezugsberechtigten auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Es kann nicht sein, dass sich Hauseigentümer aufgrund falscher Mieterhöhungen oder Betriebskostenabrechnungen am Staatshaushalt bereichern und Mieterinnen und Mieter deswegen ihre Wohnungen verlieren.

Der Bearbeitungszeitraum für einen **Wohngeldantrag** ist in Berlin und auch in Friedrichshain-Kreuzberg immer noch viel zu groß. Es geht hier um Menschen, die dringend auf den Zuschuss zur Miete angewiesen sind. Die Bearbeitungsdauer muss auf höchstens vier Wochen verkürzt werden.

DIE LINKE fordert, dass Modernisierungen, die über den zeitgemäßen Ausstattungsstandard einer durchschnittlichen Wohnung hinausgehen, dadurch verhindert werden, dass Milieuschutz-Verordnungen auch für teilräumliche Wohngebiete erlassen werden und solche Modernisierungen genehmigungspflichtig gemacht werden. Auf kommunaler Ebene werden wir deshalb die Nutzung des § 172 BauGB zur Festsetzung von Erhaltungssatzungen weiter einfordern. Mit Blick auf die Umwandlung in **Eigentumswohnungen** setzt sich DIE LINKE für einen Beschluss der BVV ein, in dem der Senat aufgefordert wird, eine Rechtsverordnung zu erlassen, die den Bezirk in die Lage versetzt, Eigentumsumwandlungen genehmigungspflichtig zu machen. Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert, den Bezirken die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, die zur Festlegung bzw. Aktualisierung einer Milieuschutzsatzung und zur dafür erforderlichen Datenerhebung benötigt werden. Dies kann verhindern, dass Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt oder **Luxussanierungen** durchgeführt werden. Die Umwidmung von Mietwohnungen in **Ferienwohnungen** soll erschwert werden.

Wir begrüßen Wohnprojekte die darauf abzielen, die Wohnungsversorgung für einkommensschwache Haushalte in unserem Bezirk zu verbessern. **Genossenschaften oder Vereine**, wie das „WAX 34 Hausprojekt“ in der Willibald-Alexis-Straße haben unsere volle Unterstützung.

DIE LINKE setzt sich auch seit langem für den Erhalt alternativer **Wohnprojekte** ein. Wir haben die Liebig 14 in Ihrem Kampf gegen die profitgierigen Eigentümer unterstützt. Wir standen an der Seite der Reichenberger 63 in ihrem Kampf gegen die massiven Mietsteigerungen durch das von den Grünen geführte Bezirksamt. Wir haben mit dazu beigetragen, dass die Wagenburg „Laster und Hänger“ auf dem

Gelände an der Modersohnstraße bleiben konnte und nun einen langfristigen Nutzungsvertrag erhalten hat. Wir haben die Besetzerinnen und Besetzer im Südflügel des Bethanien dabei unterstützt, die Besetzung zu legalisieren.

Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement müssen und können deutlich gestärkt und unterstützt werden. Die vielfältigen Erfahrungen der Quartiersmanagements und der **Bürgerinitiativen** unter anderem zur Rettung der Bäume am Landwehrkanal, zum Luisenstädtischen Kanal, dem Bürgerkomitee Weberwiese, die Bürgervertretung Barnimkiez, zum Bürgerbegehren „Mediaspree versenken“ müssen dabei genutzt und erweitert werden.

Natürlich teilen wir das Bestreben nach mehr **Klimaschutz** und dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. Aber für DIE LINKE ist auch klar: die ökologische Gebäudesanierung darf nicht zu unzumutbaren Kosten für die Mieterinnen und Mieter durchgeführt werden. Modernisierungsumlagen müssen auf die Höhe der tatsächlich erreichten Einsparungen bei den Betriebskosten begrenzt werden.

DIE LINKE steht für eine **städtebauliche Entwicklung** unseres Bezirks, seines vielfältigen Lebens, des Wohnens, Arbeitens und der Freizeitgestaltung sowie der Umwelt im Interesse der und gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Friedrichshain-Kreuzberg.

Wir wollen, dass die Betroffenen und Interessierten rechtzeitig und öffentlich über Maßnahmen der Stadtentwicklung nicht nur informiert, sondern in die Planungs- und Entscheidungsprozesse partnerschaftlich einbezogen werden. Deshalb werden wir die bisher von uns eingeforderte Praxis der Einbeziehung der Bürger über das im Baurecht vorgeschriebene Maß hinaus fortsetzen. In den vergangenen Jahren hat sich dieser Mangel an **Bürgerbeteiligung** zum Beispiel bei der rasanten Entwicklung des Hotel- und Beherbergungsgewerbes und den damit einhergehenden Konflikte mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gezeigt. Dafür ist die rechtzeitige Bereitstellung deutlich aufgestockter finanzieller Mittel zur Unterstützung von Initiativen ohne Benachteiligung von Sozialräumen dringend erforderlich. Die Zweckentfremdung solcher Mittel ist zu beenden und rückgängig zu machen.

Die städtische Infrastruktur darf sich nicht vorrangig nach den Bedürfnissen von Kurzeittouristen und Großinvestoren richten, sondern muss den Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung folgen. Wir drängen darauf, dass Investoren im Rahmen von städtebaulichen Verträgen ihren Beitrag zur **Realisierung kommunaler Interessen** leisten. Dazu gehört insbesondere die finanzielle Beteiligung an der Schaffung und Unterhaltung von Grün-, Spiel- und Sportflächen, wie es zum Beispiel bei dem Bau eines öffentlichen Sportplatzes auf dem Dach der METRO am Ostbahnhof gelungen ist, aber auch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose aus dem Bezirk.

Eine Stadtentwicklungspolitik, die sich einzig am Baurecht orientiert, ist für eine Größenordnung wie dem **Spreeraum** untauglich. Sie ist zwar legal, aber nicht legitim. DIE LINKE hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass keine Autobrücke über die Spree und kein Hochhaus an der Elsenbrücke gebaut wird. Es gibt ein Senatskonzept, das Angebote zum preiswerten Wohnen und zum Arbeiten sowie Nischen für die kreative Szene und die Erschließung der Uferzonen als das Erholungs- und Freizeitangebot für die angrenzenden dicht bebauten und mit Grünflächen unterversorgten Stadtquartiere als Ziel vorgibt. Dieses vom Senat selbst beschlossene Konzept zur weiteren Entwicklung des Friedrichshain-Kreuzberger Spreerraums muss endlich in konkretes Handeln umgesetzt werden, statt es durch gegenteilige Entscheidungen ständig zu konterkarieren.

Die Ergebnisse des Bürgerbegehrens „Spreeufer für Alle!“ sind in die weitere Entwicklung des Spreerraums zu integrieren. Wir unterstützen deshalb die Forderung des Initiativkreises **Mediaspree versenken** an alle politischen Parteien und werden dementsprechend in der BVV handeln:

„Im Bereich Obere Stadtspree (Mediaspree) möchten wir im Sinne einer sozialen, ökologischen und nachhaltigen Stadtentwicklung Planungsänderungen erreichen. Auf Grundlage des 2008 festgestellten Bürgerwillens (Bürgerentscheid „Spreeufer für alle!“) sollen Neubauten einen dem Votum angemessenen Mindestabstand zum Ufer einhalten und sich an der Berliner Traufhöhe orientieren. Am Spreeufer sollen öffentliche Grünflächen und möglichst unkommerzielle Kulturnutzungen entstehen bzw. fortgeführt werden. Insbesondere auf den landeseigenen Ufergrundstücken sind Neuplanungen möglich und dringend

erforderlich. Mit den Privateigentümern, die über Baugenehmigungen für ältere Planungen am Wasser verfügen, sollen Verhandlungen über Rückabwicklungen der Projekte aufgenommen werden. Gegebenenfalls kann ein Grundstückstausch vorgenommen werden. Wir treten dafür ein, dass dort, wo gebaut wird, sozial-alternative Projekte den Vorzug gegenüber dem freifinanzierten Sektor bekommen sowie landeseigene Wohnungsbaugesellschaften Wohnraum mit sozialen Mietniveau realisieren.“

Quelle: Baustein zum Thema Mediaspree (Bürgerentscheid „Spreeufer für alle!“) für die Wahlprogramme der Parteien zur Abgeordnetenhauswahl 2011 des Initiativkreises Mediaspree Versenken! AG Spreeufer vom 01. Februar 2011

Die Lehren aus den Diskussionen um Mediaspree gilt es bei anderen Großarealen am Gleisdreieck oder in Tempelhof zu berücksichtigen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bezirksinteressen stärker berücksichtigt werden. Das gilt zuerst für das Gelände des ehemaligen **Flughafens Tempelhof**. Das Tempelhofer Feld sollte zu einer Fläche werden, die beispielhaft eine betonorientierte Stadtentwicklung in Dichte und Höhe bremst und stattdessen auf die Entsiegelung aller geeigneten Flächen setzt. Die neue riesige Freifläche hat eine große Entlastung für die Hasenheide gebracht und wurde von der Bevölkerung sehr gut angenommen und vielseitig genutzt. Das soll auch so bleiben. Deshalb setzen wir uns für temporäre Nutzungen, Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung, den Erhalt der Grill- und Picknickplätze sowie der Hundeausläufflächen ein. Wir wollen das Areal als Freifläche erhalten, den Lebensraum zahlloser Tier- und Pflanzenarten schützen. Deshalb hat DIE LINKE in Berlin beschlossen, auf einem Baumatorium bis mindestens 2019 zu bestehen. DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg steht einer Bebauung des Tempelhofer Feldes grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Wir unterstützen auch weiterhin die Bürgerinitiativen in der **Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck**, bei der Entwicklung des Geländes des Gleisdreiecks zu einem attraktiven Naherholungsraum mit Sportflächen und Kleingärten. Die Anwohnenden müssen maßgeblich und gleichberechtigt in die Planung, Entwicklung und Pflege des Geländes einbezogen werden und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die Entwicklung der einzelnen Kieze unseres Bezirks darf sich nicht an den finanziellen Interessen einzelner Investoren oder auch des Landes, das in der Vergangenheit Immobilien in der Regel an den Meistbietenden verkaufte, orientieren. Vorrang müssen die sozialen und kulturellen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner haben. DIE LINKE im Bezirk hat verhindert, dass die **Eisenbahnmarkthalle** an den Meistbietenden verkauft wurde und die Anwohner/innen darin unterstützt, die Halle zu einem lebendigen Treffpunkt im Kiez zu entwickeln.

Wir unterstützen die Entwicklung der Gegend um den **Blumengroßmarkt** in der Südlichen Friedrichstadt zu einem Quartier der Kultur- und Kreativwirtschaft. Dies ist wirtschaftlich vernünftig, weil die kleinteilige Kunst- und Kulturszene ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, und sozial sinnvoll, weil sich hier zu preisgünstigen Gewerbemieten Non- oder Miniprofitunternehmen ansiedeln werden.

NEUE MEDIEN

DAS INTERNET? GIBT'S DIESEN BLÖDSINN IMMER NOCH? HOMER SIMPSON, DIE SIMPSONS

DAS INTERNET ALS TRÄGER DER SO GENANNTEN „NEUEN MEDIEN“ IST AUS DEM ALLTAG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER NICHT MEHR WEGZUDENKEN. GERADE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG GIBT ES VIELE INTERNET- UND KREATIVSCHAFFENDE, DIE UNSERE UNTERSTÜTZUNG BRAUCHEN. WIR WOLLEN NEUE FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT VON KREATIVEN UNTERSTÜTZEN UND CO-WORKING-PROJEKTE FÖRDERN – OHNE PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG AUSZUWEITEN. DAZU KANN UNS SOLLTE AUCH DER BEZIRK EINEN BEITRAG LEISTEN.

Um die Potentiale des Internet für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen, müssen sie gleiche Voraussetzungen vorfinden. Auch in Friedrichshain-Kreuzberg ist die **digitale Spaltung** vor allem eine soziale Spaltung, da sich immer noch nicht alle Menschen in unserem Bezirk den Zugang zum Internet beziehungsweise überhaupt einen entsprechenden Computer leisten können. Daher fordert DIE LINKE die Bereitstellung von Computern mit Internetzugang in öffentlichen Einrichtungen wie Rathäusern, Jugendclubs, Seniorenfreizeitstätten, Schulen und Kindertagesstätten. Die bisherigen Angebote in den

Bibliotheken des Bezirks müssen weiter ausgebaut werden. Die Internet-Angebote des Bezirksamtes müssen barrierefrei sein.

Die Potentiale des Internet gehen seit langem über die reine Informationsvermittlung hinaus und erstrecken sich nunmehr auf Partizipation und Teilhabe. Das Internet kann zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen, da es Hierarchien abbaut und die Kommunikation und Interaktion von Bürger und Staat vereinfacht. DIE LINKE will die bisherige bezirkliche Bürgerbeteiligung im Internet ausbauen. Dazu gehört unter anderem die Aufbereitung der bezirklichen Haushaltsplanung nach den Kriterien der **Open-Data-Bewegung**, denn eine mündige Mitbestimmung geht nur über eine umfassende Darstellung der teils komplizierten Haushaltsvorgänge und der tatsächlichen Spielräume für die angestrebte Bürgerbeteiligung. Das heißt, dass Haushaltsdaten komplett, ohne technische Beschränkungen und mit der Berechtigung zur Bearbeitung zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus wollen wir die **ePartizipation** im Bezirk ausbauen. Das Bürgerbeteiligungsportal für Friedrichshain-Kreuzberg hat dazu die ersten richtigen Schritte vorgegeben. DIE LINKE fordert die Erweiterung dieser Angebote, um etwa Eingaben und Beschwerden an die BVV online richten zu können. Weiterhin wollen wir auch eine Diskussion darüber anstoßen, welche weiteren digitalen Beteiligungsformen möglich sind. Dazu fordern wir auch, die BVV für qualifizierte Anträge von Bürgerinnen und Bürgern zu öffnen. Diese können mittels modernen Partizipationswerkzeugen gemeinsam online entwickelt und schließlich der BVV als gleichberechtigte Anträge zur Beratung vorgelegt werden. Schließlich fordert DIE LINKE die Möglichkeit, auf Bezirksebene Unterschriften für Bürgerbegehren auch online sammeln zu können. Die Bürgerentscheide zur Rudi-Dutschke-Straße und Mediaspree haben gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Friedrichshain-Kreuzberg mehr demokratische Mitbestimmung wünschen und nutzen. Das Internet kann diese emanzipatorischen Werkzeuge unterstützen.

OBDACHLOSIGKEIT

MAN ERKENNT EINE GESELLSCHAFT DARAN, WIE SIE MIT DEN SCHWÄCHSTEN UMGEHT.

WOHNUNGSLOSIGKEIT HAT UNTERSCHIEDLICHE GRÜNDE: ARBEITSLOSIGKEIT, MIETSCHULDEN, KRANKHEIT, TRENUNG, TOD EINES PARTNERS. WOHNUNGSLOSIGKEIT KANN ALLE TREFFEN. FAST 10 000 KINDER UND JUGENDLICHE IN DEUTSCHLAND SIND OBDACHLOS. EINE GENAUE ZAHL DER WOHNUNGSLOSEN IST ALLERDINGS NICHT BEKANNT. WOHNUNGSLOSE SIND IN KEINER STATISTIK ERFASST.

Eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung gehört zu den Grundvoraussetzungen für soziale Sicherheit und Menschenwürde. Sie ist Zentrum des Lebens, steht für Identität und darf deshalb nicht wie eine Ware gehandelt werden. Wohnen ist ein **Menschenrecht!** Die Betroffenen sind das ganze Jahr über obdachlos. Nicht nur im Winter, wenn die Medien darüber berichten. Sie sind immer ohne eigene Wohnung. Sie leben unter Brücken, übernachten auf Parkbänken, hausen in Abbruchhäusern. Sie sind häufig stigmatisiert als "heruntergekommene Trinker", "arbeits scheue Penner", "antriebslose Schmarotzer".

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese Projekte auch in der Perspektive finanziell abgesichert sind und dass in einer sich weiter ausdifferenzierenden Stadtgesellschaft das Existenz- und Bleiberecht der Benachteiligten respektiert und die aufopferungsvolle **SOZIALARBEIT** gesellschaftlich anerkannt und honoriert wird.

Friedrichshain-Kreuzberg ist als attraktiver Innenstadtbezirk zunehmend von einer Verdrängung der Ärmsten und Bedürftigsten geprägt. Wir setzen uns für eine langfristig ausreichende Finanzierung der **Schuldner- und Insolvenzberatung** im Bezirk ein, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es Tafeln, die kostenlos Lebensmittel abgeben. Es gibt Notunterkünfte, Suppenküchen, Kleiderkammern, Sucht- und Schuldnerberatungen. Es gibt Projekte wie das in der Gitschiner Straße in Kreuzberg. Hier können Obdachlose Bilder malen, Instrumente lernen oder Sport machen. Es ist der Versuch, den Obdachlosen ihre **Menschenwürde** zurückzugeben. Wir unterstützen und

fördern Projekte zur Versorgung von wohnungs- und obdachlosen Menschen zum Beispiel mit zeitweiligen **Unterkünften**, warmen Mahlzeiten und Bekleidung.

Trotz angespannter Haushaltssituation hat DIE LINKE dazu beigetragen, dass die öffentliche Unterstützung für die Wohnungslosenhilfe und die Kältehilfe, für Tagesstätten, Kleiderkammern und Suppenküchen auf dem hohen Niveau der vergangenen zehn Jahre immer beibehalten wurde. In den kalten Wintern 2009 und 2010 wurden sogar zusätzliche **Notübernachtungsplätze** eingerichtet.

Obdachlose sind ähnlich wie Suchtkranke oftmals mit den allgemeinen Anforderungen des Job-Centers überfordert. Für suchtkranke Menschen hat aber das **Job-Center** gute Strukturen entwickelt, ohne die Defizite der Betroffenen ausgleichen zu können. Als einer der Träger des Jobcenters hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in den vergangenen Jahren auch eine Zusammenarbeit zwischen den bezirklichen Einrichtungen der psychosozialen Betreuung und der Wohnungslosenhilfe und dem Fallmanagement des Jobcenters entwickelt, sodass Menschen mit besonderen Schwierigkeiten, notwendige, sensible und zielgerichtete Hilfe erhalten.

PFLEGE

SELBSTBESTIMMUNG FÜR ALLE.

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG IST DER JÜNGSTE BEZIRK BERLINS. DIE LINKE ERINNERT ABER IMMER WIEDER DARAN, DASS AUCH IN UNSEREM BEZIRK DIE QUALITÄT DER ANGEBOTE FÜR PFLEGEBEDÜRFTIGE STATIONÄR WIE AMBULANT VERBESSERT WERDEN MUSS. ALS HERAUSFORDERUNG FÜR UNSEREN BEZIRK ERWEIST SICH ZUDEM, DASS DIE ERSTE GENERATION DER MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN ÄLTER UND ZUM TEIL AUCH PFLEGEBEDÜRFTIG WIRD.

Viele Menschen sind aufgrund ihres Alters oder einer Krankheit auf Unterstützung und Pflege angewiesen, in der Familie, bei Freundinnen und Freunden oder in professionellen Einrichtungen. Immer mehr schwerbehinderte Menschen wollen selbstbestimmt im eigenen Wohnraum leben. **Selbstbestimmtes Wohnen** im Alter zu ermöglichen, gehört für uns zu den großen kommunalpolitischen Herausforderungen. Hier sind die Stadtplanung, die Wohnungswirtschaft aber auch die Pflegedienstleister in einer besonderen Verantwortung.

Wir haben mit dem **Wohnteilhabegesetz** jetzt eines der modernsten Gesetze für Menschen geschaffen, die in Heimen oder betreuten Wohngemeinschaften leben. Dabei geht es nicht nur um eine fachgerechte Betreuung und Pflege. Es geht immer auch darum, die demokratischen, kulturellen und sozialen Teilhaberechte und -möglichkeiten der Betroffenen zu stärken und ihnen so lange es geht ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Mit der Pflegeversicherungsreform war die Einrichtung von Pflegestützpunkten verbunden, die Beratung und Unterstützung für Betroffene und Angehörige anbieten. Wir sind stolz darauf, dass der Kreuzberger **Pflegestützpunkt** in der Wilhelmstraße Testsieger im bundesweiten Vergleich wurde und dass wir mit dem Berliner Kompetenzzentrum zur interkulturellen Öffnung in der Altenhilfe ein bewährtes Beratungs- und Unterstützungsangebot im Bezirk haben. DIE LINKE unterstützt das persönliche Budget und die persönliche Assistenz, um ein selbstbestimmtes Leben in voller Teilhabe auch außerhalb von Heimen zu ermöglichen

Seniorinnen und Senioren unseres Bezirks kommen aus vielen Ländern dieser Welt. Sie haben unterschiedliche Vorstellungen von Leben im Alter, von Familienzusammenhalt, Krankheit, Gesundheit, auch von Sterben und Tod. Die **interkulturelle Öffnung** der Senioren-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie der Behindertenhilfe ist deshalb von hoher Bedeutung. Wir LINKE setzen uns dafür ein, dass Fördermittel für Einrichtungen künftig auch daran gebunden werden, dass sie kultursensibel eingesetzt werden.

Selbstbestimmung bis zum Lebensende heißt auch, dass Menschen in Würde ohne Schmerzen sterben können. Wir unterstützen den Erhalt und den Ausbau der palliativ-medizinischen Versorgung und die Arbeit der Berliner **Hospize**.

QUEER UND QUOTE

DIE MENSCHEN LASSEN SICH IN ZWEI KATEGORIEN EINTEILEN, SOLCHE, DIE DAUERND DIE MENSCHEN IN ZWEI KATEGORIEN EINTEILEN, UND SOLCHE, DIE ES NICHT TUN

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK BEDEUTET FÜR DIE LINKE DIE GLEICHE TEILHABE ALLER GESCHLECHTER AN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN UND RESSOURCEN, SCHUTZ DER FRAUEN VOR DISKRIMINIERUNG UND GEWALT SOWIE EIN LEBEN FÜR ALLE MENSCHEN FREI VON EINSCHRÄNKENDEN GESCHLECHTERROLLEN UND DISKRIMINIERUNG.

Alle Politikbereiche müssen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von Frauen, Männern und Transgender überprüft werden. Dazu gehört die Stärkung der materiellen Eigenständigkeit von Frauen in allen Lebensphasen und unabhängig vom Familienstand. Deshalb unterstützen wir Aktivitäten, wie **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** und setzen uns für eine Verbesserung der Chancen von Mädchen und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der beruflichen Ausbildung ein.

Noch immer unterliegen viele Frauen und Mädchen patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen, werden Opfer von Zwang und Gewalt. Sie brauchen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt und sie brauchen Unterstützung, damit sie selbstbestimmt leben und ihre Existenz eigenständig sichern können. Das gilt nicht nur, aber auch für **Migrantinnen und Flüchtlinge**. Deshalb fordern wir die Ausweitungen der Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe und die Einführung des eigenständigen Aufenthaltsrechts von Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe, Zwangsheirat und Menschenhandel sind. Der Politik kommt die Aufgabe zu, die erfolgreiche Selbstorganisation der **Frauenprojekte** im Bezirk durch langfristige Verträge zu erhalten. Sie leisten wichtige Arbeit im Kampf gegen Zwangsheirat und häusliche und sexuelle Gewalt.

Diskriminierung ist leider Alltag. Dazu gehören Homophobie, Angst und Gewalt gegen Schwule, Lesben und Transsexuelle. Das Abgeordnetenhaus hat deshalb eine Initiative **sexuelle Vielfalt** beschlossen. Diese Initiative muss in ihrer Wirkung evaluiert und nachgesteuert werden. Für den Zeitraum ab 2012 muss vor allem im Bereich der Schulen die Wirkung verbessert werden. Alternative Lebensentwürfe gehören in Lehrpläne, Schulbücher und universitäre Curricula. Dafür braucht es keine Millionen, sondern die gemeinschaftliche Anstrengung aller Beteiligten. Diese wollen wir initiieren und moderieren.

Nach Jahrzehnten des Kampfes für Emanzipation gehen die ersten Generationen offen lebender Lesben und Schwuler in die Rente und haben einen Anspruch auf Achtung und Respekt auch in **Betreuung und Pflege**. Wir streiten dafür, dass unterschiedliche Lebensweisen und sexuelle Orientierungen auch im Alter volle Anerkennung finden. Betreute Wohngemeinschaften, Sanatorien und Heime müssen für die Lebenswirklichkeit von Schwulen, Lesben, Trans*, Bi- und Intersexuellen offen sein.

RASSISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

FASCHISMUS IST KEINE MEINUNG, SONDERN EIN VERBRECHEN.

HIPP, JUNG, ALTERNATIV UND ERLEBNISREICH SIND NUR EINIGE ATTRIBUTE, DIE VIELE MENSCHEN MIT UNSEREM BEZIRK VERBINDEN. IN DEN VERGANGENEN JAHREN ZEIGTE FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG ZUNEHMEND EIN GESICHT, DAS SO NUR VON WENIGEN WAHRGENOMMEN WIRD. IN UNSEREM BEZIRK GIBT ES BERLINWEIT DIE MEISTEN VORFÄLLE VON ALLTAGSRASSISMUS UND GEWALTTÄTIGE ÜBERGRIFFE MIT RECHTSEXTREMEN HINTERGRUND AUF ANDERSDENKENDE UND ANDERSAUSSEHENDE.

DIE LINKE steht für eine umfassende Teilhabe aller Menschen, die hier leben und für eine Stadt ohne Rassismus. Rechtspopulisten haben mit ihren Inhalten in dieser Stadt und unserem Bezirk keinen Platz. „Friedrichshain-Kreuzberg - tolerant und weltoffen“ – das bleibt unser Ziel. Wir heißen Menschen, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion und sexueller Orientierung, willkommen. DIE LINKE im Bezirk und in der BVV pflegt seit Jahren eine enge Zusammenarbeit zum Beispiel mit der **Initiative gegen Rechts** oder der **Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus**. Seit Jahren beteiligen wir uns an der traditionellen Silvio-Meier-Demonstration und streiten gemeinsam mit vielen Antifaschisten für eine Ehrung von **Silvio Meier** durch die Benennung eines öffentlichen Ortes, zum Beispiel der Zentralbibliothek in Friedrichshain.

Wir haben den Kampf gegen Geschäfte für Rechte in unserem Bezirk erfolgreich unterstützt. Läden, die ausdrücklich auf eine rechtsextreme Klientel ausgerichtet sind, brauchen wir nicht. Wir wollen, dass sich alle Investoren vor Genehmigung eines Bauantrags dazu verpflichten, keine Flächen an solche Läden zu vermieten. Das Bezirksamt muss mit den ansässigen Vermietern und den großen Einkaufszentren eine entsprechende Selbstverpflichtung aushandeln.

SENIORINNEN UND SENIOREN

ALTE HASEN STATT ALTES EISEN.

DAS BILD VON DEN SENIORINNEN UND SENIOREN ALS „ALTES EISEN“, DIE NUR NOCH VERSORGT WERDEN, PASST NICHT ZU UNSEREM MENSCHENBILD. MENSCHEN IN HÖHEREM LEBENSALTER HABEN WISSEN, ERFAHRUNGEN, KREATIVITÄT UND KÖNNEN, DIE FÜR DIE GESELLSCHAFT VON UNSCHÄTZBAREM WERT SIND. NICHT EINFACH IM SINNE ÖKONOMISCHER VERWERTBARKEIT, SONDERN ALS VERMITTLUNG VON WISSEN UND ERFAHRUNGEN IM SINNE EINES SOLIDARISCHEN MITEINANDERS UND EINER SOLIDARISCHEN STADTGESELLSCHAFT IN BERLIN.

Wir brauchen die Erfahrungen der älteren Menschen und ihre Bereitschaft, in der Kommunalpolitik aktiv mitzuwirken. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen sind für das soziale Miteinander in Friedrichshain-Kreuzberg unverzichtbar. Deshalb wollen wir noch mehr Beteiligung und mehr Rechte für die Gestaltung eines generationengerechten Gemeinwesens. Berlin hat als erstes Bundesland ein **Seniorenmitwirkungsgesetz** beschlossen. Das wollen wir nach ersten Erfahrungen nun weiterentwickeln, um die Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung ihrer Stadt und ihres Bezirks auszuweiten, um mehr Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund für die Arbeit zu gewinnen und um die Beteiligung bei Wahlen zur Senioren-Vertretung zu erhöhen.

Die Befragung der Menschen über 50 in unserem Bezirk hat ergeben, dass sie sehr gern hier wohnen und die Vorzüge des Lebens mitten im Zentrum einer Metropole ebenso schätzen wie die Jüngeren. Wir wollen unseren Bezirk dafür fit machen, dass die alltägliche Versorgung, der Verkehr, das Wohnen, Kultur und Freizeit, Gesundheit auf die Bedürfnisse eines längeren Alterns vorbereitet sind. Wir wollen eine **generationengerechte Entwicklung** unseres Bezirks. Dazu gehört, in allen Belangen das Zusammenleben von Jung und Alt und die Anforderungen und Chancen einer älter werdenden Gesellschaft mitzudenken.

Die Älteren in unserem Bezirk haben Interesse an neuen Formen der Begegnung zwischen Jung und Alt und von Menschen unterschiedlicher Herkunft und sind bereit, sich aktiv in die Gestaltung neuer Angebote in der Nachbarschaft einzubringen. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, in allen Bezirksregionen generationenübergreifende, interkulturell geöffnete **Begegnungsstätten** wie in der Falckensteinstraße oder am Mehringplatz zu entwickeln.

TOURISMUS

BESUCHER MACHEN IMMER FREUDE: WENN NICHT BEIM KOMMEN, DANN BEIM GEHEN.

UNSER BEZIRK WIRD ZUNEHMEN ATTRAKTIVER FÜR TOURISTEN. DIESE ENTWICKLUNG SCHAFFT NEUE ARBEITSPLÄTZE UND NEUE KULTURELLE ANGEBOTE, DOCH SIE SCHAFFT AUCH NEUE PROBLEME.

DIE LINKE will die Attraktivität von Friedrichshain-Kreuzberg bewahren und ausbauen. Friedrichshain-Kreuzberg ist nicht zuletzt auch über die Stadtgrenzen hinaus für seine **Großveranstaltungen**, wie den Karneval der Kulturen oder das Jazzfest auf der Bergmannstraße, bekannt. DIE LINKE hat das Jazzfest gerettet und als Idee das Zelt der Spitzenköche eingebracht und organisiert. Beide **Feste** werden von Land und Bezirk finanziell unterstützt. Künftig soll auch in Friedrichshain ein großes Jazz- und Kulturfest stattfinden. Dafür wird sich DIE LINKE einsetzen. Für internationale Gäste ist es zudem notwendig, das **Tourismusleitsystem** und das bezirksspezifische Informationsmaterial mehrsprachig zu gestalten. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass der Tourismus zu negativen Auswirkungen für die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirks führt. Wir wollen die Zweckentfremdung von Mietwohnungen in **Ferienwohnungen** unterbinden oder zumindest erschweren, um so weiteren

Mietsteigerungen entgegenzuwirken. Auch die rücksichtslose Ausbreitung von Hostels im Bezirk ist einzudämmen. Die Bezirksverordnetenversammlung hat mit Unterstützung der LINKEN bereits erste Maßnahmen ergriffen, um dem wirksam entgegenzuwirken.

Gleichzeitig gilt unser besonderes Augenmerk denjenigen, die im Tourismusbereich, im Hotel- und Gaststättengewerbe beschäftigt sind. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die hier teilweise herrschenden gesetzeswidrigen Arbeitsbedingungen stärker kontrolliert und unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse überwunden werden.

UMWELT

SOZIALE GERECHTIGKEIT UND EIN RADIKALER ÖKOLOGISCHER UMBAU SIND ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE.

DIE KONKRETE AUSGESTALTUNG VON UMWELTPOLITIK DARF NICHT ZUR WEITEREN SOZIALEN SPALTUNG DER GESELLSCHAFT FÜHREN. BEZAHLBARE ENERGIE UND MOBILITÄT MÜSSEN AUCH FÜR EINKOMMENSCHWACHE BEVÖLKERUNGSSCHICHTEN GEWÄHRLEISTET SEIN.

DIE LINKE fordert, dass für jeden gefälltten Baum mehrere neue Bäume gepflanzt werden müssen. Nur so kann der **Baumbestand** im Bezirk erhalten werden. Dazu unterstützen wir Baumpflanzaktionen der Bürgerschaft auch auf bezirkseigenen Grünanlagen. Wir unterstützen deshalb insbesondere das Projekt „Gärten im Garten“. Eine kleine, wohnortnahegelegene Parzelle des Westparks Am Gleisdreieck soll Kindergärten und Schulen als Freiraumlaboratorium zur Verfügung stehen.

Zur Verstetigung von ökologischen **Zwischennutzungen** im Bezirk wollen wir, dass in Berlin ein Fonds eingerichtet wird, mit dessen Hilfe ökologische Bürgerinitiativen zeitweilig finanziell unterstützt werden. DIE LINKE möchte am Petersburger Platz gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern das Projekt eines „Öko-Kiez von unten“ anregen und begleiten. Dabei geht es um ein Konzept, das alle Bereiche des Klima- und Artenschutzes beinhaltet – von baulichen und technischen Maßnahmen sowie dem Einkaufsverhalten über den Verkehr bis hin zur Fassadenbegrünung.

DIE LINKE möchte, dass Parks, Friedhöfe, Kleingärten und die zahlreichen Gewässer wie die Spree, der Flutgraben oder der Landwehrkanal stärker vernetzt werden, damit **Frischluftschneisen und Erholungsgebiete** nicht durch Bebauung und Verkehr unterbrochen werden. Grünflächen, zum Teil auch Fassaden und Dächer, müssen als Steuerungsflächen gegen innerstädtische Aufheizungsprozesse, als Stätten der Erholung und vor allem als Flächen zum Eindämmen des Artensterbens genutzt werden. Klimaschutz und Artenschutz sollen in Friedrichshain-Kreuzberg zu einem gleichberechtigten Ausgangspunkt stadtplanerischer Überlegungen werden und nicht weniger Beachtung bekommen als wirtschaftliche oder verkehrliche Aspekte.

Auch innerhalb der Verwaltung muss mehr für den **Klimaschutz** getan werden. DIE LINKE strebt die Einführung des so genannten CO₂-Prinzips in der Verwaltung an. Das Prinzip besagt, dass CO₂-erzeugende Tätigkeiten sanktioniert und CO₂-senkende Tätigkeiten honoriert werden. Ab dem Jahr 2012 soll bei der Haushaltsplanaufstellung und in der Haushaltsdurchführung schrittweise dieses Prinzip seine lenkende Wirkung entfalten. DIE LINKE wird bei der nächsten Haushaltsplanaufstellung Vorschläge einbringen, wie der Fahrzeugpark des Bezirksamts mittelfristig mit Hybrid-, Elektro- oder ähnlichen umweltfreundlichen Antriebssystemen ausgerüstet wird.

DIE LINKE ist für die Bündelung der Aufgaben Naturschutz, Landschaftsplanung und Grünflächenwesen in einem Amt. Sie fordert die personelle und finanzielle Aufwertung dieses Amtes. Das Outsourcing, die Vergabe von **Grünpflege** an Fremdfirmen aus Gründen der Kostenersparnis, ist gescheitert. DIE LINKE fordert, eine nach ökologischen Grundsätzen orientierte Grünflächenpflege einzuführen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch für die Baumkontrolle und den Artenschutz zu qualifizieren.

DIE LINKE arbeitet auf der Landesebene an einem eigenen kommunalen **Stromversorger**. Wir wollen die öffentliche Kontrolle über einen wesentlichen Bereich öffentlicher Daseinsfürsorge wiedergewinnen, denn er ist ein Baustein für den sozial-ökologischen Umbau. Existierende Ökostrom-Aktivitäten öffentlicher

Betriebe, wie der BVG oder der BSR, können gebündelt werden. Vor diesem Hintergrund wird DIE LINKE dafür werben, angesichts des Auslaufens des Konzessionsvertrages für Strom und Gas im Jahr 2012 diese Netze zu rekommunalisieren und keinen neuen Vertrag mit einem privaten Betreiber abzuschließen.

VERKEHR

SOVIEL MOBILITÄT WIE MÖGLICH UND SO WENIG VERKEHR WIE NÖTIG.

WIR HABEN UNS IN DER VERGANGENHEIT FÜR DIE BELANGE VON FUßGÄNGERINNEN UND FUßGÄNGERN SOWIE RADFAHRERINNEN UND RADFAHRERN, DEN AM MEISTEN GEFÄHRDETEN TEILNEHMERGRUPPEN AM ÖFFENTLICHEN VERKEHR, EINGESETZT. DAS IST AUCH IN ZUKUNFT UNSERE PRIORITÄT.

DIE LINKE fordert in enger Zusammenarbeit mit dem ADFC und dem „Fahr-Rat“ den Ausbau des bezirklichen **Fahrradroutensystems**. Mehr Aufmerksamkeit muss in die rechtzeitige und behutsame Entschärfung von Konflikten zwischen Menschen, die zu Fuß gehen und denen, die Rad fahren fließen.

So zum Beispiel entlang der Warschauer Straße, der Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee, der Skalitzer-/Gitschiner Straße oder des Tempelhofer und Schöneberger Ufers. Im Zuge der Umgestaltung des Tempelhofer Feldes muss die Lilienthalstraße zwischen Südsterne und Columbiadamm fahrradfreundlich ausgebaut werden. In Straßen wie der Bergmannstraße, die besonders von Fahrradfahrenden genutzt werden, sollen einige Autoparkplätze gesperrt und stattdessen Radabstellbügel errichtet werden.

Wir wollen den Verkehr für **Fußgängerinnen und Fußgänger** sicherer machen. Dazu sollen weitere Zebrastreifen vor Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen angelegt werden und weitere Ampeln an den großen Radialen und Magistralen gebaut werden. Ampeln sie sind so zu schalten, dass ihre Querung für Fußgänger in einem Zug möglich ist. Hier müssen zum Beispiel an der Frankfurter Allee, der Karl-Marx-Allee und am Mehringdamm Veränderungen erfolgen.

DIE LINKE fordert den weiteren Ausbau eines öffentlichen Uferwanderwegs an der **Spree** mit einem ganzjährigen und kostenlosen Zugang für alle Menschen. Die Errichtung eines kombinierten Fahrrad- und Fußgänger-Stegs auf Höhe der Eisenbahn-/Brommystraße stärkt den Fuß- und Radverkehr, denn er verkürzt Wege und erschließt dem ÖPNV um und am Ostbahnhof neue Nutzergruppen. Wir wollen, dass der Bezirksentwicklungsplan umgesetzt und eine Brücke in Verlängerung der Straße der Pariser Kommune/Manteuffelstraße gebaut wird, die für Fußgänger, Radfahrende und den öffentlichen Personennahverkehr ausgelegt ist. DIE LINKE fordert eine Buslinie, die Friedrichshainer und Kreuzberger Kieze über die Spree direkt verbindet und mehrmaliges Umsteigen vermeidet.

Wir setzen uns auch weiterhin für ein barrierefreies Berliner Nahverkehrssystem ein. Die U5 wird noch in 2011, vor allem dank der Initiative des Runden Tisches Senioren und des Bürgerkomitee Weberwiese an vielen Bahnhöfen mit Aufzügen ausgestattet. Wir fordern die weitere Anschaffung barrierefreier Fahrzeuge und den Umbau von Bahnhöfen, Stationen und Haltestellen, wie zum Beispiel am Mehringplatz ein. Das schließt die Verbesserung der Mitnahmemöglichkeiten von Rollatoren, Kinderwagen und Fahrrädern in Fahrzeugen des **ÖPNV** mit ein. Zudem setzen wir die Deutsche Bahn weiterhin unter Druck, am Ostbahnhof ausreichend kostenlose Behindertenparkplätze einzurichten. DIE LINKE fordert dafür einen mit den Verkehrsunternehmen und dem Senat abgestimmten Zeitplan zur Umsetzung dieser Ziele.

Der Ausbau des ÖPNV soll mittelfristig vor allem durch die Erweiterung des **Tram**-Netzes geschehen. Wir fordern die Anbindung von Ostbahnhof und Ostkreuz und eine Tram-Verbindung vom U-Bahnhof Warschauer Straße über die Oberbaumbrücke bis zum Herrmannplatz. Für den Anschluss von Kreuzberg an das Berliner Tram-Netz fordert DIE LINKE, dass in einem ersten Schritt die Linie M10 über die Oberbaumbrücke hinaus bis zur Falkensteinstraße/Höhe Schlesische Straße verlängert wird. DIE LINKE fordert zudem die Verlegung des Endhaltepunkts der Tram-Linie M 13 vom Helsingfors Platz/Revaler Straße zum U-/S-Bahnhof Warschauer Straße, um die Umsteigewege zu verkürzen.

DIE LINKE fordert die Heraushaltung des **Event- und Tourismusverkehrs** aus den Wohngebieten. Zur Vermeidung des individuellen An- und Ab-Reiseverkehrs soll, angelehnt an das klassische Park-and-Ride-

System, an ÖPNV-Knotenpunkten der Transfer in/von der Berliner Innenstadt organisiert werden. Wir brauchen außerdem Busstellflächen für das Beherbergungsgewerbe.

Wir setzen uns für die Ausweitung der **Parkraumbewirtschaftung** und die Stärkung des Anwohnerparkens in den Wohnquartieren ein. Wir unterstützen Lösungen, die die Nutzung von Stellplätzen in Geschäftszentren außerhalb der Geschäftszeiten durch Anwohnerinnen und Anwohner zu kostengünstigen Konditionen ermöglicht. DIE LINKE fordert den weiteren quantitativen Ausbau des bezirklichen **Car Sharing**-Netzes.

DIE LINKE unterstützt weiterhin den Widerstand gegen die Verlängerung der Bundesautobahn 100 und deren Zubringerstraßen. Die **A 100** wird aus städtebaulichen, ökologischen und finanziellen Gründen abgelehnt.

WIRTSCHAFT

EINE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UNTERSTÜTZEN.

42 000 GEWERBETREIBENDE GIBT ES IN UNSEREM BEZIRK. DAVON SIND 80 PROZENT IM DIENSTLEISTUNGSBEREICH UND IM HANDEL TÄTIG. NATÜRLICH SIND DIES ZUM GROßEN TEIL SELBSTSTÄNDIGE UND FAMILIENBETRIEBE. DIE FLUKTUATION IST HOCH. VIELE GEHEN NACH KURZER ZEIT PLEITE.

In verschiedenen Kiezen haben sich die Gewerberäume erheblich verteuert. DIE LINKE setzt sich, ähnlich wie bei den Wohnungsmieten, für einen **Gewerbemietenspiegel** ein, der den Mietanstieg begrenzt.

Wir fordern, im Bezirk endlich eine **muttersprachliche Beratungsstelle** (mindestens türkisch und arabisch) für Kleinunternehmen einzurichten und regelmäßige Informationen der Gewerbetreibenden über die Beratungsangebote. Dabei sind die Unternehmervereinigungen aus dem Migrantenn/innenspektrum mit einzubeziehen.

Für die Organisation der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist das bezirkliche **Bündnis für Wirtschaft und Arbeit** zuständig. Das Bündnis beschließt über verschiedene Fördertöpfe. WDM und PEB sind Abkürzungen, die kaum jemand kennt. Dahinter verbergen sich die Projekte „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen“ und „Partnerschaft-Entwicklung-Beschäftigung“. Beide beinhalten **Fördermaßnahmen** in jeweils sechsstelliger Höhe. Die Förderung wird mit der Gießkanne verteilt. DIE LINKE fordert, dies zukünftig zu unterlassen und die entsprechenden Fördermittel stattdessen insbesondere zur weiteren Entwicklung der Regionen mit unterdurchschnittlichen Haushaltseinkommen und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit einzusetzen. Dies gilt insbesondere für Kreuzberg-Nord, wo eine Verknüpfung mit dem Maßnahmenkatalog des „Integrierten Standortentwicklungskonzepts“ erfolgen muss, aber darüber hinaus auch für Maßnahmen gegen die weitere Verödung der Karl-Marx-Allee. Deswegen wollen wir das bezirkliche Bündnis für Arbeit und Wirtschaft stärken und die Vernetzung mit lokalen kleinen und mittelständischen Unternehmen intensivieren.

Alternative Ökonomie sowie selbst verwaltete, demokratisch organisierte Unternehmen, wie der RAW tempel e.V. an der Revaler Straße, werden wir auch in Zukunft fördern. Sie sind nicht nur Arbeitgeber für zahlreiche Menschen im Bezirk, sondern tragen in besonderem Maß zur Attraktivität Friedrichshain-Kreuzbergs für kreative Unternehmen bei. Wir unterstützen die weitere Entwicklung der südlichen Friedrichstadt zu einem Standort der Kreativwirtschaft. Auch die Eisenbahnmarkthalle muss zu einem Standort lokaler Ökonomie weiter entwickelt werden.

Wir wollen **Existenzgründerinnen und -gründern** den Einstieg in die Selbständigkeit vereinfachen. Auch die Erleichterung der Genossenschaftsgründungen und deren Förderung bleibt ein zentrales Anliegen unserer Kommunalpolitik.

XY UNGELÖST ...

WIR HABEN NICHT FÜR JEDES PROBLEM EINE LÖSUNG.

DIE LINKE KANN IHRE ZIELE NICHT ALLEINE IN PARLAMENTEN REALISIEREN, NICHT IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, NICHT IM ABGEORDNETENHAUS UND AUCH NICHT IN DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG VON FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG. DIE LINKE IST AUF DIE UNTERSTÜTZUNG DURCH GEWERKSCHAFTEN, VERBÄNDE, VEREINE UND INITIATIVEN UND DIE UNTERSTÜTZUNG VON VIELEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN ANGEWIESEN.

Bringen Sie sich ein, um die Qualität der Kommunalpolitik gemeinsam mit der LINKEN zu verbessern. Die Themenpalette der LINKEN in Friedrichshain-Kreuzberg wird immer nur so breit sein und so kompetent bearbeitet werden können, wie sich Menschen finden, die mit ihrem Engagement und ihrem Sachverstand selbstbewusst unsere gemeinsame Kommunalpolitik qualifizieren wollen. Melden Sie sich also bei uns, wenn Sie Ideen und Vorschläge für die Politik in Friedrichshain-Kreuzberg haben!

Es gibt in jedem Fachausschuss der Bezirksverordnetenversammlung sogenannte Bürgerdeputierte. Das sind Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks, die gemeinsam mit den gewählten Bezirksverordneten der einzelnen Parteien, über konkrete Veränderungen im Bezirk diskutieren und entscheiden. Wenn Sie Interesse haben, als Bürgerdeputierte oder Bürgerdeputierter für DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung mitzuarbeiten, dann melden Sie sich bei uns!

DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17
10249 Berlin
Telefon: 426 26 87
mail: info@dielinke-fk.de
Ansprechpartnerin: Claudia Richter

Sämtliche Anfragen unserer Fraktion zu dem Thema finden Sie auf unserer Internetseite: www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de/linksfraktion/

ZUM SCHLUSS

Die Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von ihnen verändert werden. Es reicht nicht aus, von einer besseren Welt zu reden. Wir, DIE LINKE, streiten auf der Straße wie in den Parlamenten für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der menschliche Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.

MACHEN SIE MIT! WÄHLEN SIE AM 18. SEPTEMBER DIE LINKE.